

maldekstra #3

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

MÄRZ 2019



Neuer Internationalismus

Globale Solidarität von unten

Weltweit sind nationalistische Parteien und autoritäre Regierungen auf dem Vormarsch. Linke suchen nach Antworten darauf – etwa in neuen globalen Kämpfen um die Rechte von Frauen, Minderheiten, Beschäftigten. Und es wird über einen „neuen Internationalismus“ diskutiert, einen Internationalismus von unten, einen, der sich weniger auf Staatlichkeit bezieht, umso mehr dafür aber auf die transnationale Solidarität der vielen. Was sind die Herausforderungen eines solchen „neuen Internationalismus“, wer seine Träger*innen? Und wie verhält sich die Debatte heute zur langen linken Tradition internationaler Perspektiven? 100 Jahre nach Gründung der Komintern wird man Antworten nicht ohne Reflexion der eigenen Geschichte finden, einer Geschichte von Erfolgen genauso wie von Widersprüchen und Niederlagen.

Inhalt

- 3 „Wir sind wieder da, wo die IAA angefangen hat“** Boris Kanzleiter im Gespräch über einen neuen Internationalismus
- 7 Ein Stellvertreter-Internationalismus ist unmöglich** Vor 100 Jahren wurde die Komintern gegründet.
- 8 Schwarze in der Komintern und Willi Münzenberg**
- 10 Schmerzen der Solidarität** Was wird da verteidigt? Venezuela, Nicaragua und die Linken.
- 11 Gänsehaut nach der Ankunft** Urs Müller-Plantenberg ist eine Legende der Lateinamerika-Solidarität hierzulande.
- 13 Allendes Internationale**
- 14 Verändert im Kontinuum** SODI entstand in der DDR. Aber Solidarität geht nicht mit einem Gesellschaftssystem unter.
- 16 Viel, viel komplizierter** Hat die Buko Internationalismus eine Zukunft? Und welche?
- 18 Lob des Kosmopolitismus** Gegen Geschichtsvergessenheit und Begriffsstutzigkeit.
- 19 Maßstab: Menschsein** Über Willkommensinitiativen, solidarische Städte und Seenotretter.
- 20 An der Seite minderjähriger Geflüchteter**
- 22 Kein „Plan“ des Kapitals** Zur politischen Ökonomie offener Grenzen.

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

Redaktion Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof, Anne Schindler, Tom Strohschneider (V.i.S.d.P.)

Die Plakate Gerhard Voigt (1), Allan Sekula (3), OSPAAAL (5, 9, 17 o., 23 u.), Ivan Vasilyevich Simakov (7), Solidarnosc.gov.pl (8 o.), Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (8 u.), Wolfgang Geisler (11), Jusos NRW (13), Mihály Biró (14), Kollektiv Graßmann, Gruner, Stecher (17), Archiv (8 M., 17 o., 20 u.), See Red Women's Workshop (19, 20 o.), Paveló de la República (23 M.), Karl-Heinz Beck (23 o.).

Gestaltung Michael Pickardt

Kontakt Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 64.000

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

„Vergessen wir nicht, dass unsere Probleme global sind ...“

... so hat es Yanis Varoufakis einmal formuliert – und daran den Appell angeschlossen, sich nicht auf „irreführende Devisen“ nationaler Lösungen zu beschränken. „Nur ein ambitionierter neuer Internationalismus kann den Geist des Humanismus im planetarischen Maßstab wiederbeleben.“

Was der frühere griechische Finanzminister anspricht, ist schon immer die fortwährende Herausforderung der Linken aller Schattierungen gewesen. Die internationale Solidarität gehörte von Anfang an zu ihrer Geschichte, genauso wie sie immer damit zu ringen hatten, dass die Beschäftigten in Konkurrenz zueinander gesetzt werden. Doch wer seine politischen Ziele aus einer bestimmten Kritik ökonomischer Verhältnisse zieht und weder Karl Marx noch die an ihn anschließenden Debatten vergessen hat, weiß: Der Kapitalismus hat den Absatzmarkt für seine Produkte beständig ausgeweitet und die „alte lokale und nationale Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit“ durch „allseitigen Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander“ ersetzt.

Mit dem Drängen zum Weltmarkt „produziert“ der Kapitalismus gewissermaßen das Proletariat als internationales Phänomen. Ob und wie die Lohnabhängigen und unmittelbaren Produzenten, zu welchem Ziel die „ideellen Gesamtarbeiter*innen“ zusammenfinden, steht auf einem anderen Blatt. Aufbrüche, die dazu dienen sollten, über eine Welt hinauszugelangen, in der viel zu viele „ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ bleiben müssen, hat es immer wieder gegeben – als internationale Organisationen, als Kampagnen, als Bewegungen.

Die Linien verlaufen dabei nicht gerade und schon gar nicht aufsteigend. Was die Internationale Arbeiterassoziation ab 1864 auszeichnete, wird in der 1919 gegründeten Komintern nicht schlicht „fortgesetzt“, sondern dort auf andere Weise „weiterentwickelt“. Und so auch in den 100 Jahren seither: Die Plakate, mit denen diese

Ausgabe illustriert ist, künden von der Vielfalt. Und nicht alles, was wir in diesem Heft gern zum Thema gemacht hätten, fand auch Platz – um transnationale gewerkschaftliche Arbeit und Streiks, oder um die wachsende feministische Internationale wird es in kommenden Ausgaben ausführlich gehen.

Blickt man historisch auf den Internationalismus, zeichnet sich so etwas wie eine Zeitenwende ab: Bis etwa 1990 war Internationalismus in irgendeiner Weise auf sozialistische Staatlichkeit bezogen. Mal ging es darum, die Sowjetunion zu verteidigen, mal um Kämpfe, bei denen nach Macht in „befreiten“ Staaten gestrebt wurde, mal um Staatenbündnisse, die im Geiste eines Internationalismus agierten, mal um als antiimperialistisch bezeichnete Kämpfe gegen den Staat.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation verlaufen die entscheidenden Linien internationaler Solidarität eher quer zu Staatlichkeit. Vielfältige Bewegungen, die um elementare Rechte ringen, die Frage der Ökologie der Existenz zu ihrem Thema machen, in denen es um Arbeit, um Frieden, um Ernährungssouveränität oder Feminismus geht, vernetzen sich global. Schon länger – Varoufakis ist da nur ein Beispiel – wird auch theoretisch über einen „neuen Internationalismus“ diskutiert.

Aktuelle Kontroversen, etwa über Fragen der Migration oder des politischen Ortes, auf den sich progressive Kräfte konzentrieren, haben die Notwendigkeit dieser Debatte nur noch einmal unterstrichen. Dabei geht es nicht darum, schon fertige Rezepte oder abschließende Antworten zu formulieren, sondern darum, die richtigen Fragen zu stellen, neugierig zu sein auf neue Schlussfolgerungen. Zur Debatte über einen „neuen Internationalismus“ gehört die Reflexion der eigenen Geschichte – also das kritische Nachdenken über den „alten Internationalismus“, seine Erfolge, seine Niederlagen, seine Fehler.

Tom Strohschneider

Agenda

Dossier transnationale Organisation Ob Beschäftigte im Einzelhandel, Arbeitende in der Pflege oder bei internationalen Plattform-Konzernen – wir erleben neue gewerkschaftliche Auseinandersetzungen als Folge von Veränderungen in der Arbeiter*innenklasse, die weiblicher, migrantischer, prekärer geworden ist. Ein entscheidender Punkt in Zeiten des globalen Kapitalismus heißt grenzüberschreitende Solidarität, wie Streiks bei Ryanair, Amazon oder in den Häfen zeigen. Um Analysen und Beispiele dreht sich das Online-Dossier „Gewerkschaftliche Organisation“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung – unter: rosalux.de/dossiers/es-gibt-keine-abkuerzungen/.

maldekstra #4 Trump in den USA, Bolsonaro in Brasilien, nationalistische Parteien in Europa – die Ausbreitung eines neuen Autoritarismus ist nicht zu übersehen. Aber was steckt hinter dem globalen Rechtsruck, wie beeinflussen sich autoritäre Regime gegenseitig, welche Rolle spielt ihre ökonomische Stellung und was hat das womöglich mit der „imperialen Lebensweise“ des globalen Nordens zu tun? Die nächste Ausgabe von „maldekstra“ befasst sich mit den global sichtbaren Tendenzen der Entdemokratisierung, fragt nach der Rolle der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China und blickt auf bisher in der Debatte weniger berücksichtigte Fälle der autoritären Wende.



„Wir sind wieder da, wo die IAA angefangen hat“

Boris Kanzleiter im Gespräch über den globalen Autoritarismus, linke Gegenbewegungen und einen neuen Internationalismus

maldekstra: Einer der vielleicht wichtigsten Sätze des linken Internationalismus steht im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 – es sind die berühmten Worte am Ende: „Proletarier aller Länder, vereint Euch!“ Von heute aus betrachtet: Wie vereint sind wir denn?

Boris Kanzleiter: Ich fürchte, dass wir bei der Vereinigung der Proletarierinnen und Proletarier der Welt noch nicht so weit gekommen sind. Es gibt vielfältige strukturelle Spaltungen, die durch die Standortkonkurrenz im kapitalistischen Weltmarkt und nationalistische Diskurse noch verstärkt werden. Ich glaube, dieses „in Konkurrenz zueinander setzen“ ist heute stärker ausgeprägt als in anderen Momenten der Geschichte.

Stattdessen ist eine rechtsautoritäre „Internationale“ auf dem Vormarsch. Ist das die andere Seite der Schwäche eines linken Internationalismus?

Gegenwärtig grassiert ein globaler Autoritarismus. Dahinter stehen rechte politische Kräfte, die zwar jeweils unterschiedliche Projekte verfolgen, je nach dem spezifischen Kontext in den einzelnen

Ländern. Zusammen schaffen sie es jedoch, auf globaler Ebene Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben und Schritt für Schritt mehr Hegemonie zu erlangen. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

Und zugleich ein Widerspruch: Die Rechte propagiert nationalistische Forderungen, verengt also den Horizont und richtet Politik nach innen aus, zieht Grenzen im Denken und Handeln hoch, schließt Menschen aus, agiert zu Lasten internationaler Verfahren, Verträge usw. Aber trotzdem wird sie immer mehr zum internationalen Gewicht, zur Bedrohung. Man darf nicht übersehen, dass die autoritäre Rechte ihre nationalistischen Ziele mit ideologischen Versatzstücken verfolgt, die überall einsetzbar sind und die ineinandergreifen. Zum Beispiel der oft aggressive Antifeminismus – ein Donald Trump setzt das gezielt als Angriff auf Erregungenschaften der Frauenbewegung ein. Genauso tun es rechte Akteure zum Beispiel in Brasilien oder bei der AfD hier in Deutschland. Sie ►



Boris Kanzleiter studierte in Berlin und Mexiko-Stadt Geschichte. Er promovierte zum Thema „1968 in Jugoslawien“. Internationalistisch engagierte er sich unter anderem in der Solidaritätsbewegung für die Zapatistas und für die Anti-Kriegsbewegung im ehemaligen Jugoslawien. Von 2009 bis 2016 leitete er das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südosteuropa in Belgrad. Seit 2016 ist er Leiter des Auslandsbereiches der Stiftung in Berlin. Mit ihm sprach Tom Strohschneider.

- beziehen sich dabei aufeinander. Ähnlich in Sachen Klimawandel. Hier bestärken sich unterschiedliche rechte Kräfte weltweit gegenseitig, indem sie die Wissenschaftlichkeit der Erkenntnisse der internationalen Klimaforschung infrage stellen, um im Interesse bestimmter Kapitalfraktionen ihren Angriff auf die Erfordernisse einer sozialökologischen Klimapolitik zu fahren. Dies wiederum wird mit nationalistischen Diskursen vermengt.

Internationalismus von links war immer auch eine Frage der organisatorischen Vernetzung. Geht die autoritäre Rechte diesen Weg ebenfalls?

Es gibt Versuche, etwa wenn Stephen Bannon, der einstige Berater von Trump, durch Europa zieht, um eine rechte Front zu schmieden. Auch auf der Ebene internationaler Politik versuchen Rechtsregierungen zu kooperieren, jedenfalls dann, wenn es gegen die von ihnen ausgemachten „Feinde“ geht. Das ist auch die neue Qualität gegenüber früheren Zeiten: Die wachsende Zahl rechter Regierungen verschafft ihnen ein anderes Gewicht in den internationalen Institutionen; man denke nur daran, wie einige mitteleuropäische Staaten unter Führung von Ungarn und Polen in der EU agieren: nationalistisch und trotzdem gemeinsam.

Die gesellschaftliche Linke erscheint auf dieser Ebene dagegen schwach.

Das ist ein großes Problem, und es hat mehrere Facetten. Zum Beispiel beobachten wir eine Renationalisierung von Politikansätzen auch bei der Linken, und das paradoxerweise in Zeiten, in denen wir mit wachsenden globalen Herausforderungen zu tun haben. Kein Wunder, dass dann die internationale Handlungsfähigkeit schwach bleibt. Oder es klappt bei der organisatorischen Kooperation nicht gut, schauen wir uns etwa die europäische Linkspartei an: 2004 hoffnungsvoll

gestartet, ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Erzählung und Schlagkraft zu entwickeln.

Fehlt eine Grundlage? Auf den Internationalismus pochen doch praktisch alle linken Akteure.

Es ist nicht die Frage, ob da ein Internationalismus diskutiert wird, sondern welcher. Hier liegt ein weiteres Problem: Zu oft bleiben linke Akteure in Diskursen der Vergangenheit verhaftet, wenn es um Internationalismus geht. In dieser „alten“ Perspektive steht oft immer noch die Staatlichkeit im Zentrum: Internationalismus hieß lange, sich auf die realsozialistischen Staaten zu beziehen. Vieles, was unter „Internationalismus“ verhandelt wurde, war Teil der Systemkonkurrenz, und auch die Bewegungen, die internationalistische Solidarität erfuhren, waren meist auf Staatlichkeit ausgelegt: Sie wollten an die Macht in einem Staat kommen. Ihre Politik hatte dabei zwischen der Oktoberrevolution und 1989 einen Referenzpunkt – die Sowjetunion. Vor allem in den Ländern des Trikonts gab es starke Befreiungsbewegungen, die in Moskau, teilweise auch in Peking, einen Bündnispartner suchten. Mit 1989 haben sich die Bedingungen für die linken Kräfte weltweit aber verändert.

Brauchen wir einen „neuen Internationalismus“?

Die Debatte wird ja längst geführt, ob nun von Intellektuellen des Südens wie dem kürzlich verstorbenen Samir Amin, ob im Umfeld von Bernie Sanders in den USA oder auch bei uns in der Stiftung. Es gibt keine fertigen Rezepte, wie ein neuer Internationalismus aussehen könnte. Aber die Debatte ist nötig, und zu ihr gehört, sich auch über den „alten Internationalismus“ zu verständigen, über seine Erfolge genauso wie über die Widersprüche und Niederlagen. Sozialistische Staatlichkeit spielt heute keine zentrale Rolle mehr.

Internationale Arbeiterassoziation

„Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet“, so steht es in den Provisorischen Statuten der Organisation von 1864, um einen „Mittelpunkt der Verbindung und des Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften“ zu bilden, „welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse“.

Der Autor: Karl Marx. Die Organisation: die Erste Internationale. Der Alte aus Trier hatte sich, wie er ein Jahr später schrieb, „mit großem Eifer“ an der „von den Chefs der Londoner Trades Union gestifteten Internationalen Assoziation“ beteiligt; die Initiative war also von britischen Gewerkschaftern ausgegangen. Doch der Horizont der IAA war international – ein Dachverband für die „sofortige Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegung“.

Theoretisch folgte die Assoziation der Analyse, die Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ fast 20 Jahre zuvor dargelegt hatten: Da „das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte“ die Bourgeoisie „über die ganze Erdkugel“ jage, würden auch Produktion und Konsumtion aller Länder international gestaltet, auf dem so entstehenden Weltmarkt sei für die Arbeiterbewegung dann auch politisch kein Platz mehr für die alte, lokale und nationale „Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit“. Wo der Kapitalismus allseitigen Verkehr und allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander bedeute, müssten die Beschäftigten organisatorisch

nachziehen, so der Gedanke. Dies zumal, da Marx und Engels davon ausgingen, dass politische Revolutionen zwar noch auf der Ebene von Nationalstaaten stattfänden, aber international miteinander verknüpft sein würden.

Politisch war die Zusammensetzung der neu gegründeten Assoziation recht bunt, sie reichte von Kommunisten über sozialistische Akteure, reformistische Gewerkschaften bis hin zu Anarchisten – es gab also auch andere Auffassungen als die von Marx. Der sah diese Vielfalt einerseits als Fortschritt „gegenüber den phantastischen und sich bekämpfenden Sektenorganisationen“, die bisher bestanden. Engels wird später im Rückblick anmerken, „nur dank dieser Breite ist die Internationale das geworden, was sie war“.

Faktisch konnte die IAA kaum wirklichen Einfluss geltend machen, und doch wirkte sie als Zentrum und Bezugspunkt der im Entstehen begriffenen Arbeiterbewegung. Bald jedoch führten innere Spannungen zur Spaltung, hatte sich Marx' Linie 1871 durchgesetzt, mussten anarchistische Kräfte bald darauf die IAA verlassen und gründeten eine Antiautoritäre Internationale, der vor allem Vertreter aus Belgien, England, Holland, Italien und Spanien angehörten. Die von deutschsprachigen Sektionen dominierte Rest-IAA löste sich 1876 auf, die Antiautoritäre wirkte noch einige Jahre länger. Die Erste Internationale war Vergangenheit, aber die Geschichte ging weiter: 1889 gründete in Paris ein Arbeiterkongress die Zweite Internationale.

Sondern?

Heute sind wir im Grunde wieder da, wo die Internationale Arbeiterassoziation IAA 1864 angefangen hat: zurückgeworfen auf die Bildung von Bündnissen und Netzwerken einzelner linker Akteure und Bewegungen, die sich neu assoziieren müssen. Es geht nicht mehr um „Bruderhilfe“, sondern um eine neue transnationale Politik von unten.

Es gibt aber in der Linken doch weiterhin die Neigung, etwa den Aufstieg von Schwellenländern mit einer gewissen Sehnsucht zu verfolgen, weil man da wieder einen Staat als „guten“ Referenzpunkt hat. Oder es werden Regierungen vor allem deshalb unterstützt, weil die USA gegen sie agieren.

Ja, es gibt diese Tendenz, etwa mit Blick auf Nicaragua, teilweise auch, was die Bewertung der Regierung in Moskau angeht, aber sie lässt nach. Das Beispiel Venezuela zeigt, dass auch diejenigen, die noch vor wenigen Jahren den Chavismus recht unkritisch unterstützt haben, heute die Gründe für die Krise nicht nur bei anderen sehen. Es ist doch so: Es gibt starke ökonomische und politische Interessen, Venezuela in eine andere Richtung zu führen. Zugleich sind viele interne Faktoren für die Krise des Chavismus verantwortlich, angefangen beim wirtschaftlichen Entwicklungsmodell bis zu den gravierenden Demokratiedefiziten. Viele an der Basis Aktive in Venezuela sehen das übrigens genauso. Die strikte Ablehnung der laufenden US-Intervention gegen Venezuela heißt nicht, dass man unkritisch gegenüber Maduro sein muss.

Zum neuen Internationalismus gehört also auch eine neue Lust an der kritischen Reflexion.

Natürlich. Wir können die Geschichte internationalistischer Debatten und Praktiken, die ja unsere eigene ist, mit all ihren guten und auch verhängnisvollen Seiten, nicht einfach hinter uns lassen. Man wird ihr nur gerecht, wenn man aus ihr lernt.

Wie viel hat Internationalismus mit Gefühl zu tun, mit Projektionen?

Eine Menge. Eine Grundlage für Internationalismus und Solidarität ist Empathie. Es geht um die Fähigkeit, sich im anderen wiederzuerkennen. Darum, das Leiden und den Kampf anderer Menschen als etwas zu sehen, mit dem man sich solidarisieren will. Das ist nicht nur rational. Es hat vielmehr etwas mit dem „kategorischen Imperativ“ zu tun, den Marx formuliert, wenn er schreibt, dass es darum geht, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Es gibt einen weiteren Aspekt der Identifikation, der etwas mit eigener Schwäche zu tun hat und dem Bedürfnis, diese dadurch zu kompensieren, dass man alle Erwartungen auf andere Bewegungen an anderen Orten der Welt projiziert. Das kann man nachvollziehen, es hat aber immer auch zu Problemen geführt. Ein dritter Punkt ist der klassenpolitische Aspekt, der die Grundlage für internationalistische Praxis bildet. Gemeinsame Interessen sind ein rationales Moment, gemeinsame Kämpfe zu führen. Daher setzen wir uns für konkrete globale soziale Rechte ein, wie sie ansatzweise in Form der Kernarbeitsnormen der ILO schon bestehen.



Die Empathie stellt den Menschen in den Mittelpunkt eines internationalistischen Selbstverständnisses. Wen stellt die klassenpolitische Sicht heute ins Zentrum? Die „Proletarier aller Länder“ aus dem „Kommunistischen Manifest“ werden es nicht mehr sein können. Man muss verschiedene Ebenen unterscheiden. Auch wenn es da erhebliche Ausdifferenzierungen in soziale Milieus und Stellungen im Produktionsprozess gibt, könnte man weiterhin von einem abstrakten Interesse des Weltproletariats reden – im Kapitalismus sind das all jene, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen oder sonst wie in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen gehalten werden. Hier anzuknüpfen, ist auch ein universeller Anspruch. Nämlich der, Mensch sein zu können, also frei über die Möglichkeiten zu verfügen, die der Stand der gesellschaftlichen Entwicklung bietet. Die meisten sind davon heute immer noch ausgeschlossen. Zugleich wissen wir, dass dieses Weltproletariat ►

- ▶ ständig gegeneinander ausgespielt wird; hinzu kommen objektiv unterschiedliche Interessen, die etwa auf unterschiedliche Entwicklungsstände der Ökonomien zurückzuführen sind. Das macht die Entwicklung von gemeinsamen politischen Projekten schwer.

Da wäre dann wieder der Empathiefaktor wichtig. Genau, man muss beides kombinieren, die Empathie und die klassenpolitische Dimension. Und man sollte wohl auch mehr über die Bewegungen und Kooperationen reden, in denen das schon funktioniert.

Also bitte.

In den vergangenen Jahren haben sich feministische Kämpfe global vernetzt. Die Bewegungen für Klimagerechtigkeit tanzen keineswegs nur auf nationalen Hochzeiten, hier sind neue Netzwerke entstanden. Die Schüler*innen streiken international gegen die klimapolitische Ignoranz von Regierungen. Die Wende von einem alten zu einem neuen Internationalismus ist ein längerer Prozess, eine Etappe war das Aufkommen einer globalisierungskritischen Bewegung in den 1990er Jahren, die internationalen Gipfel-Aktionen gehören dazu, auch die Weltsozialforen. Mit der großen Krise ab 2007 setzte zwar der Trend zur Renationalisierung ein, es gab aber auch neue Versuche und Dynamiken, das ging bei Occupy Wall Street los und hörte mit den europaweiten Bemühungen, sich gegen den Austeritätsskurs zu stemmen, noch nicht auf. Es gibt auch im Sektor der Produktion und des Handels internationale Kooperation. Nehmen wir zum Beispiel den in mehreren Ländern geführten Amazon-Streik oder gewerkschaftliche Anstrengungen, Mindeststandards über Ländergrenzen hinweg einzufordern.

Aber gerade bei den Gewerkschaften hat man den Eindruck, dass es mit dem Internationalismus nicht immer allzu weit geht.

Die Regulierung der Arbeit wird immer noch wesentlich auf der Ebene des Nationalstaates verhandelt. Gewerkschaften sind daher auf diese Ebene konzentriert. Es gibt zwar internationale Dachverbände, aber die eigentliche Organisationsmacht liegt nicht bei denen. Die Linke sollte aber die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, in der Gewerkschaftsbewegung stärker auf transnationale Solidarität zu drängen. Etwa was die Organisierung entlang globaler Lieferketten angeht. Bei Ryanair kam es übrigens zu erfolgreichen transnationalen Streiks, die sich gegen die Geschäftspolitik des Konzerns richteten, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen.

Wir agieren in einem „Raum des Politischen“, der dem „Raum des Kapitals“ immerzu hinterherhinkt. Ökonomische Globalisierung ist real, politische Hebel, hier gesellschaftliche Interessen durchzusetzen, gibt es auf internationaler Ebene nicht so viele, oder sie sind relativ schwach.

Aber das kann kein Argument gegen die Veränderung globaler Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse sein. Die Linken haben gar keine Alternative, wenn sie eine andere Welt wollen.

Eine andere Welt setzt auch voraus, das zu überwinden, was als „Externalisierungsgesellschaft“ oder „imperiale Lebensweise“ bezeichnet wird: dass der Fortschritt im Norden auf den Schultern des Restes der Welt gemacht wurde.

Für einen neuen Internationalismus ist deshalb die sozialökologische Transformation so entscheidend. Und was die „imperiale Lebensweise“ angeht: Ist das wirklich Wohlstand, was da unter Ausbeutung von Natur und Ressourcen anderer Weltregionen im globalen Norden entstanden ist? Diese Frage muss man stellen. Es geht um alternative Gesellschaftsmodelle, die Lebensqualität anders bemessen als am Konsum, der von transnationalen Konzernen gesteuert wird. Es geht um ein gutes Leben für alle. Überall.

Las Brigadas Internacionales

Als im Juli 1936 in Spanien eine Junta rechter Militärs gegen die noch junge Republik putscht und das Land in einen Bürgerkrieg stürzt, nimmt die Welt daran großen Anteil – Spanien wird zum Fanal der Auseinandersetzung zwischen einer linksrevolutionären Arbeiterbewegung und dem in Europa auf dem Vormarsch befindlichen Faschismus. Viele Linke, nicht nur aus Europa, greifen als Freiwillige in die Auseinandersetzung ein – darunter Schriftsteller*innen, Intellektuelle.

Die Initiativen gingen dabei nicht von einem Zentrum aus – französische Kommunist*innen und italienische Exilant*innen rekrutierten über „Spanien-Hilfs-Komitees“, anarchistische Freiwillige kämpften in CNT-Milizeinheiten, sozialistische Brigadist*innen in POUM-Milizeinheiten und Kommunist*innen vornehmlich in PSUC-Milizeinheiten. Die Komintern beschloss im Spätsommer die Aufstellung einer internationalen Brigade zur Unterstützung Spaniens.

Als eigentliches Gründungsdatum der Internationalen Brigaden gilt der 22. Oktober 1936. Innerhalb von wenigen Monaten konnten fünf rein nichtspanische Brigaden zur Verteidigung der Republik aufgestellt werden. Viele Freiwillige kamen aus Frankreich, rund 3.000 von ihnen

fielen. Rund 5.000 Deutsche beteiligten sich, 4.000 Italiener*innen, 3.000 aus den USA, 1.500 aus Kanada – insgesamt Tausende aus 72 Ländern. 1938 wurden die Internationalen Brigaden auf Druck der Briten und Franzosen hin aufgelöst. Ihre Kämpfer erhielten pro forma die spanische Staatsbürgerschaft und wurden in die reguläre Armee aufgenommen.

Die Spanien-Brigaden gelten oft als ein Beispiel für praktizierten „proletarischen Internationalismus“, bei dem es nicht länger um Parteizugehörigkeit oder Herkunft ging, sondern um gemeinsame Ziele. Das war in einem gewissen Maß auch die Realität – und ist zum Teil dennoch Mythos. Denn zugleich spiegelten sich in den Internationalen Brigaden die unterschiedlichen Ansätze linker Politik, die Widersprüche und Konflikte zwischen demokratischen Linken, anarchosyndikalistischen Kräften und dem stalinistischen Zentrum in Moskau, zwischen antifaschistischer Basisbewegung und kommunistischer Politik, zwischen sozialer Revolutionserwartung und machtpolitischem Taktieren, zwischen internationalistischem Anspruch und nationalistischen Stereotypen, die selbst in den Brigaden fortlebten.



Ein Stellvertreter-Internationalismus ist unmöglich

Zwischen Hoffnung, Heroismus und Versagen. Vor 100 Jahren wurde die Kommunistische Internationale gegründet. Von Lutz Brangsch

Russische und deutsche Wissenschaftler, wie zum Beispiel Alexander Vatlin, Wladislaw Hedeler und Bernhard Bayerlein, haben Dokumente und Geschichte der Kommunistischen Internationale – kurz KI oder Komintern – in umfangreichen Arbeiten dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht. Stöbert man in diesen Arbeiten, verblüfft immer aufs Neue der Widerspruch zwischen der inspirierenden Wirkung dieser Organisation nicht nur in der bolschewistisch-kommunistischen, sondern auch in Teilen anderer linker und linksbürgerlicher Bewegungen und der Instrumentalisierung der Organisation für bestimmte Gruppeninteressen bzw. die staatlichen Interessen der Sowjetunion. Das sind Fragen, die in der einen oder anderen Form immer wieder auftauchen und die immer wieder die Kritik des durch die Komintern repräsentierten Organisations-, Solidaritäts- und Internationalismusverständnisses herausfordern.

Der internationalistische Anspruch der Arbeiter*innenbewegung, wie ihn Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierten, war nicht von ihnen erdacht, sondern reales Leben des Proletariats. Diese Tradition wurde, wenigstens den Worten nach, von den sozialdemokratischen Parteien bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges hochgehalten.

Die Wirklichkeit der II. Internationale war allerdings die Resolution, nicht das Handeln. Die Gründung einer neuen Internationale nach dem Krieg war aus dieser Tradition heraus logisch. Nicht nur die als Abspaltungen der alten reformistischen Sozialdemokratie entstehenden kommunistischen Parteien drängten zu internationaler Zusammenarbeit. Auch die alte Sozialdemokratie, die durch die aktive Unterstützung des Kriegskurses „ihrer“ Regierungen diskreditiert war, belebte den Gedanken einer Internationale neu. Die Grün-

dung der Kommunistischen Internationale spaltete nicht die linke Bewegung, sondern gab der real bestehenden Spaltung einen organisatorischen Ausdruck. Hier vereinigten sich die Kräfte, die nach 1914 mit ihren internationalistischen Positionen in der Minderheit geblieben waren.

Die Gründung der Komintern im März 1919 ist in jeder Hinsicht eine Frucht des Krieges. Sie sollte eine radikale Kritik der „alten“ sozialdemokratischen Politik sein und gleichzeitig konsequent den revolutionären Sturz der Kapitalherrschaft in den Mittelpunkt der Politik stellen. Die Idee des permanenten Bürgerkrieges gegen das Kapital, wie er in Sowjetrussland 1919 tobte, beherrschte das Denken der Gründer*innen.

Die KI stellte die Frage nach unmittelbarer Solidarität des Proletariats neu. Die Betonung liegt dabei auf „unmittelbar“ – nicht vermittelt über Apparate, wie das in der II. Inter- ▶

Schwarze in der Komintern und Willi Münzenberg

Das Engagement schwarzer bzw. afrikanischer Protagonist*innen in der Komintern spielt im historischen Gedächtnis der Linken nur eine sehr randständige Rolle. Dabei war gerade Deutschland seit Mitte der 1920er Jahre ein wichtiger Schauplatz antikolonialer Aktivitäten.

Für Antrieb sorgte unter anderem die von Willi Münzenberg 1925 organisierte „Liga gegen Imperialismus“, die 1927 in Brüssel den „Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus“ organisierte. Münzenberg, der zu den begnadeten Netzwerkern und Medienleuten der damaligen Linken gehörte, organisierte 1926 mit seiner „Internationalen Arbeiterhilfe“ Veranstaltungen in Berlin, die unter anderem in die Gründung eines „Komitees gegen die imperialistische Kolonialpolitik“ mündeten. Mit dabei war der in Kamerun geborene Architekt Joseph Ekwe Bilé, der später auch die deutsche Sektion der 1924 in Frankreich gegründeten „Ligue pour la Défense de la Race Noire“ leiten sollte.

1928 gründete sich unter der Schirmherrschaft der Komintern das Trade Union Committee of Negro Workers, in dem unter anderem George Padmore aktiv war. Anfang März dieses Jahres waren die transnationalen Verflechtungen im antikolonialen Kampf, die Rolle der Komintern und die schwarzer bzw. afrikanischer Protagonist*innen in Deutschland Thema einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

„Diese frühen Formen der transnationalen Vernetzung im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus lebten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bewegung für afro-asiatische Solidarität fort“, so der Zürcher Historiker Harald Fischer-Tiné. Die Konferenz von Bandung 1955, auf der 23 asiatische und sechs afrikanische Länder eine engere Kooperation gegen Kolonialismus und Rassismus vereinbarten und in deren Folge die „Bewegung der Blockfreien“ (siehe Seite 9) entstand, gehört dazu.

Willi Münzenberg erlebte das nicht mehr – er brach mit der immer stalinistischeren KPD, kam dem auf Druck von Moskau hin verlangten Ausschluss zuvor und starb 1940 auf der Flucht vor den Nazis unter bisher nicht restlos geklärten Umständen. Die „Internationale Arbeiterhilfe“ wurde 1935 vom Zentralkomitee der KPdSU aufgelöst. *tos*



► nationale gewesen war. Der Weg wurde darin gesehen, die Parteien nach dem Bilde der bolschewistischen Partei in Sektionen einer Weltpartei zu verwandeln. Kaderpolitik, Bildung, Strategie-Entwicklung und Finanzierung wurden in Moskau zentralisiert.

Von einem Netz gefestigter kommunistischer Organisationen konnte im März 1919 allerdings keine Rede sein. Die Wege nach Moskau waren weitgehend blockiert. Der Kreis der Teilnehmer*innen blieb daher zufällig und willkürlich. Nur zwei der eingeladenen Organisationen waren durch Delegierte vertreten, die aus den jeweiligen Ländern hatten anreisen können. Die übrigen waren Emigranten, die mehr oder weniger zufällig durch den Apparat der KPR(B) „eingesammelt“ wurden.

Der wichtigste Partner der russischen Kommunisten sollte nach Auffassung Lenins die junge KPD sein. Die stand jedoch einer Gründung zu diesem Zeitpunkt kritisch gegenüber. Rosa Luxemburg hatte die Ablehnung damit begründet, dass es noch keine Organisationen gäbe, in denen die Massen selbst über die Schaffung einer neuen Internationale entscheiden könnten. Entsprechend seinem Mandat enthielt sich Hugo Eberlein als Vertreter der KPD bei der Abstimmung über die Gründung der KI.

Das deutet auch an, dass die Geburt der Komintern durch die personelle Kontinuität die Konflikte der Kriegs- und Vorkriegszeit, nicht nur im Verhältnis zur Sozialdemokratie, sondern auch innerhalb der linken Opposition, in sich trug. Es ging nicht nur um die Frage des Verhältnisses zu einer sozialistischen Revolution im Allgemeinen und der Russischen Revolution im Besonderen. Sie blieb in der praktischen Organisationslogik der entscheidenden Schwäche der II. Internationale verhaftet, der Orientierung an den Parteiapparaten.

Die Dominanz der Apparate in den Parteien der II. Internationale war einer der Kritikpunkte, die Rosa Luxemburg immer wieder ins Feld geführt hatte, und dieser Kritik blieb sie mit ihrer Position der Ablehnung der schnellen Gründung der Komintern treu. Sie sollte recht behalten. Unter den Bedingungen der Isoliertheit Sowjetrusslands wurde diese Dominanz in der KI durch die Bindung an die sowjetrussische Staatsräson noch stärker.

Damit sind die zwei Konfliktrichtungen, die die Geschichte der KI prägen, gesetzt. Zum einen geht es um den Konflikt mit der Sozialdemokratie, die nach dem Krieg in vielen Ländern zu einer das bürgerliche System weitgehend bedingungslos stabilisierenden Kraft wurde. Sozialdemokratisches Partei-Interesse und Staatsinteresse verschmolzen. Die KI ihrerseits beförderte und organisierte das hinsichtlich des Verhältnisses von internationaler kommunistischer Bewegung und staatlichen Interessen Sowjetrusslands bzw. der Sowjetunion.

Die zweite Konfliktlinie betrifft den Charakter der sozialistischen Revolution und den

entsprechenden Charakter einer kommunistischen Partei. Diese knüpfte an die Luxemburg'sche Kritik der Russischen Revolution von 1917 an. Die enge Bindung an die sowjetische Staatsräson macht einen kritischen Blick auf die Russische Revolution und die Erfahrungen unmöglich. Wie in den 1920er Jahren jede Kritik an der Komintern und Sowjetrußland in eins gesetzt wurde mit rückhaltloser Unterstützung des Kapitals und damit Konterrevolution, betraf das später jede Kritik des Realsozialismus.

Diese Entschiedenheit der Fragestellung erlaubte es der Komintern aber auch, in der Analyse der modernen Gesellschaften, bei Versuchen der tatsächlichen Verbindung von antikolonialen und antikapitalistischen Kämpfen, in Diskussionen zur Rolle der Frauen in den sozialen Auseinandersetzungen, bei der Entwicklung ganz praktischer alltäglicher Solidarität und in anderen Bereichen neue Wege zu gehen – wie erfolgreich sie dann auch gewesen sein mögen. Die Zeitschriften und Verlage der Komintern spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Wissen über die Gesellschaft und über die sozialen Kämpfe in anderen Weltteilen sowie bei der Entwicklung einer eigenen Kultur der Bewegung. Kommunist*innen aus anderen Ländern erhielten die Möglichkeit, in der Sowjetunion zu studieren.

Allerdings zeigte sich, dass diese Seite der Arbeit der Komintern von der nachleninschen Führung der KPR(B) vor allem instrumentell betrachtet wurde. Die mit der Bolschewisierung beginnende Homogenisierung und Orientierung an sowjetisch-staatlichen Interessen wurde durch die finanziellen Ressourcen der Sowjetunion vorangetrieben. Innerparteilich wurde es immer wichtiger, für die eigene Karriere „gute Verbindungen nach Moskau“ zu haben.

Diese Verflechtung von staatlichen und Bewegungsinteressen brachte den einzelnen Parteien zum Teil erhebliche Schwierigkeiten. So stand die KPD vor der prinzipiell unlösbaren Aufgabe, die Rüstungs- und Militärko-



operation Deutschlands mit der Sowjetunion mit dem eigenen antimilitaristischen Kurs in Übereinstimmung zu bringen. Der Schwenk von der Einheitsfront- zur Sozialfaschismusthese hatte katastrophale Folgen im Widerstand gegen den aufziehenden Faschismus. Das Dreieck aus Verpflichtung auf das bolschewistische Parteimodell, Bindung an die staatlichen Interessen der Sowjetunion und materieller Abhängigkeit von den sowjetischen Finanzen wurden zum Bermuda-Dreieck der Komintern.

Der Apparat der Komintern und die Führungsebenen ihrer Sektionen wurden ab Ende der 1920er Jahre unmittelbar in die internen Auseinandersetzungen in der Sowjetunion einbezogen. Die Versuche, die kommunistische Bewegung über Finanzen und Ideologie zu regulieren, wurden um die physische Ver-

nichtung möglicher Kontrahenten der Stalin'schen Linie ergänzt. Angst und Selbstzensur beherrschten ab 1930 das Klima in den Apparaten. Das war die Erfahrung, die das Verhalten kommunistischer Funktionäre auch in der Nachkriegszeit bestimmen sollte.

Es war die Logik von Krieg und Bürgerkrieg als Entstehungsbedingungen der Komintern, die diese Organisation prägte. Die elementare und bis heute aktuelle Frage ist: Warum konnte sie nie überwunden werden?

Die Komintern verschwand, wie sie entstanden war: im Stillen und unspektakulär. Liest man die Tagebucheinträge des Vorsitzenden Georgi Dimitroff vom Mai 1943, so erscheint Anfang des Monats der Geschäftsbetrieb der Komintern normal und auf Dauer gestellt. Am Abend des 8. Mai treffen sich der sowjetische Außenminister Molotow, der Vertreter der KPdSU bei der KI Manuilski und Dimitroff zu einem nächtlichen Gespräch. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Organisation zu einem Hindernis für die selbstständige Entwicklung der Mitgliedsparteien geworden sei. Die Funktionen, die aus sowjetischer Sicht nützlich waren, gingen auf sowjetische Apparate über. Nicht die Auflösung, sondern das Fehlen jeder Diskussion dazu ist das eigentliche Politikum. Die Verankerung der kommunistischen Bewegungen im Widerstand gegen den Faschismus eröffnete allerdings neue Horizonte für Bündnisse und neue Wege für eine andere Gesellschaft. Dass sie erfolglos blieben, hängt auch damit zusammen, dass eine Kritik der KI nach ihrem Ende unmöglich blieb.

Das Ende der KI führte an ihren Beginn: Sie vertrat den Anspruch, dass die Proletarier tatsächlich selbst den revolutionären Kampf organisieren sollten. Tatsächlich blieb von ihr nur, dass ein neuer Apparat geschaffen wurde, der nach 24 Jahren einfach verschwinden konnte. Die Lehre: Ein Stellvertreter-Internationalismus ist unmöglich.

Lutz Brangsch ist Ökonom und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Blockfreienbewegung

Internationale Kooperation richtete sich in Zeiten der Systemkonkurrenz nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Fällen an den beiden globalen Machtzentren in Moskau und Washington aus. Was aber machten die Staaten und ihre Regierungen, die sich nicht in dieses Raster einsortieren wollten?

1955 trafen sich auf Initiative des indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru und des jugoslawischen Ministerpräsidenten Josip Broz Tito Vertreter aus 23 asiatischen Staaten, darunter China, und sechs afrikanischen Staaten im indonesischen Bandung. Bei dem Treffen wurden zahlreiche Resolutionen verabschiedet, eine wandte sich gegen „jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung“, eine andere forderte den „Abbau der Spannungen zwischen den Machtblöcken, eine allgemeine Abrüstung und ein Verbot von Kernwaffen“.

Erstmals bezeichnete sich in Bandung eine Gruppe von Staaten offiziell als „Dritte Welt“ – in Abgrenzung gegenüber den Blöcken in Ost

und West. Die in der Folge entstehende „Bewegung der Blockfreien“ wurde zunächst von Jugoslawien, Ägypten und Indien geführt, 1961 fand der erste und konstituierende Gipfel des Bündnisses in Belgrad statt. Je mehr Länder sich anschlossen, desto schwieriger wurde es allerdings auch, diese Form des „Internationalismus der Staaten“ mit gemeinsamen politischen Inhalten zu füllen.

Mit dem Ende des realsozialistischen Lagers verloren die Blockfreien als Bündnis an Bedeutung – nicht aber einzelne der hier bis heute organisierten Staaten, zu denen Indien zählt. China hat inzwischen nur noch einen Beobachterstatus, ebenso wie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Die Blockfreien vertreten heute, in der Zeit „nach den Blöcken“, etwa 55 Prozent der Weltbevölkerung. Auf dem Gipfel von Havanna 2006 wurde die Notwendigkeit einer Süd-Süd-Kooperation betont. Der bisher letzte Gipfel fand 2016 auf der zum Staatsgebiet Venezuelas gehörenden Karibikinsel Isla Margarita statt. Seither hat Nicolás Maduro den Vorsitz inne.

Schmerzen der Solidarität

Wer oder was wird da verteidigt? Venezuela, Nicaragua und die Linken. Von Vincent Körner

„Hände weg von Venezuela“, hieß es auf dem Transparent: „Vorwärts zum Sozialismus“. Die Losungen, in die Kameras gehalten bei einer Aktion auf dem Europaparteitag der Linken, sorgten für Kritik. Linkspolitiker distanzieren sich. Statt sich „so bedingungslos“ an die Seite der Regierung Maduro zu stellen, so der Tenor, stehe man „lieber an der Seite der venezolanischen Bevölkerung“.

Er „finde die Politik von Trump, Bolsonaro und Merkel gegenüber Venezuela falsch“, erklärte der Außenpolitiker Stefan Liebich. „Aber ich verstehe auch die Proteste gegen Maduro sehr gut. Mit dem ‚Sozialismus‘, den ich mir wünsche, hat das nichts zu tun.“ Und Parteivize Caren Lay ließ wissen: „Nicht alle sind glücklich über diese undifferenzierte und ungeplante Aktion.“

„Bist du dann für oder gegen den Antrag des Parteivorstands?“, fragte daraufhin Heike Hänssel zurück, die Abgeordnete hatte sich an der Aktion auf dem Delegiertentreffen beteiligt. Das Papier, von dem sie sprach, war dort nicht mehr zur Abstimmung gekommen. In dem Antrag wird zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in Venezuela aufgerufen und auf erreichte soziale Errungenschaften verwiesen. Und weiter: Die Linkspartei „unterstützt fortschrittliche Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika in ihrem Recht, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen“.

Darin steckt eine Frage, die über den Fall Venezuela hinausgeht: Können Regierungen wie jene von Nicolás Maduro oder Daniel Ortega in Nicaragua überhaupt noch als „fortschrittlich“ bezeichnet werden? Lebt deren Verteidigung nicht eher von der Tatsache, dass

auf der anderen Seite die USA und damit die „imperialistische Macht“ par excellence stehen? Und über wessen Interessen, Bedürfnisse, Hoffnungen setzt sich eine solche „Solidarität“ eigentlich hinweg?

„Wir lehnen auch die Repression der Regierung angesichts der zunehmenden Proteste im ganzen Land ab“, heißt es in ganz anderer Tonart in einem im Januar veröffentlichten Appell von Linksintellektuellen. In Venezuela werde „für bessere Ernährung, Verkehr, Gesundheit, politische Partizipation, öffentliche Dienstleistungen, existenzsichernde Löhne“ auf die Straße gegangen. Die venezolanische Bevölkerung leide „unter der enormen Unsicherheit und der gegenwärtigen Unterdrückung“. Kurzum: Man lehne „den Autoritarismus der Regierung Maduro ab“.

Zu den Erstunterzeichner*innen gehören namhafte, nicht nur lateinamerikanische Linke wie Edgardo Lander, Alberto Acosta, Susan George, Antonio Negri, Miriam Lang, Boaventura de Sousa Santos und Klaus Meschkat. Mit ihrem Appell nehmen sie den Platz zwischen den Stühlen ein. Weder wird die „Selbstverkündung von Juan Guaidó“ als Parallelpräsident noch die außenpolitische Linie der USA unterstützt; genauso wenig aber die Regierung Maduro. Korrespondierend zu dem Aufruf, der an die ursprünglichen Ideale „des bolivarianischen Prozesses“ erinnert, haben viele linke Beobachter*innen die Verhältnisse in Venezuela schon länger kritisch verfolgt – gerade aus Solidarität mit den Hoffnungen auf progressive Veränderung in Lateinamerika, einem der großen Sehnsuchtsorte der Linken des globalen Nordens. Das Problem liege nicht

nur auf der Ebene abgebrochener Demokratisierung, vorenthaltener Menschenrechte oder darin, dass „sozialistische“ Lenkung wie automatisch zu „Misswirtschaft“ führen müsse. Viel entscheidender seien langlebige politökonomische Strukturen, „so etwa Raul Zelik, die sich um Renteneinnahmen aus der Ölförderung drehen, was bei fallenden Weltmarktpreisen sofort auf die Politik durchschlägt. Daran haben auch die Linksregierungen in Venezuela nichts geändert.“

Der Bezugspunkt internationalistischer Solidarität sind hier nicht die Perspektive von oben und die äußerliche Form – eine Regierung, die sich links nennt oder sich dem Einflussbereich irgendeiner westlichen Großmacht entzieht. Sondern die wirkliche Substanz der dort verfolgten Politik und eine Perspektive von unten.

Nicht weit entfernt liegt der Fall Nicaragua, wo ebenfalls große Proteste gegen eine Regierung stattfanden, die einst mit linken Hoffnungen verbunden war – und wo es ebenfalls Linke gab, die darin nur einen von außen gesteuerten Putschversuch sehen wollten, weil das in die alten Gut-Böse-Raster passt.

Der Sandinismus stehe heute „für eine religiös verbrämte autoritäre Herrschaft“, schreiben dagegen die „Lateinamerika Nachrichten“ – und ließen dabei auch die Enttäuschungen einer Solidarität nicht aus, die einst mit ganz anderen Idealen verbunden war: „Für alle, die die Sandinistische Revolution vor 40 Jahren sympathisierend begleitet, unterstützt oder nur via Medien beobachtet haben, ist es schmerzhaft zu sehen, wie der Nimbus der RevolutionärInnen verfliegen ist.“

Trikontinentale und bewaffneter Kampf

Im Januar 1966 trafen sich Vertreter*innen von 83 Organisationen aus Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im kubanischen Havanna zur ersten „Trikontinentale“. In der Folge gründeten sich die „Lateinamerikanische Organisation der Solidarität“ (OLAS) und die „Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas“ (OSPAAAL). Letztere veröffentlichte 1967 den weltberühmten Brief Che Guevaras, der die Forderung „Schafft zwei, drei, viele Vietnams“ enthielt.

Der zur Ikone gewordene Arzt und Guerillaführer verkörperte wie kaum ein anderer das aktivistisch-internationalistische Moment der kubanischen Revolution – er wurde ein halbes Jahr später in Bolivien ermordet. Doch nicht zuletzt die an eine OSPAAAL-Solidaritätskonferenz gerichtete Grußadresse fand weltweit Beachtung. Von Rudi Dutschke und Gaston Salvatore ins Deutsche übersetzt, stand der Text für die damals verbreitete Hoffnung auf eine kontinentale Revolution in Lateinamerika als Bestandteil eines weltweiten antiimperialistischen Kampfes. Sie brachte zugleich die sogenannte Fokus-Theorie zum Ausdruck, laut der schwache revolutionäre Kräfte durch militärische Aktionen einen umfassenden Prozess der Umwälzung in Gang setzen könnten.

Dutschke und Salvatore hatten in ihrer Einleitung zu Che Guevaras Pamphlet auch über den „Beitrag der Revolutionäre aus den Metropolen“ spekuliert und „die Entwicklung spezifischer Kampfformen“ gefordert. Die sich daraus ergebende Gewaltfrage wurde unter anderem auf dem Vietnamkongress 1968 kontrovers diskutiert. Das Attentat auf Dutschke wenige Wochen später spitzte die Debatten über den „Übergang vom Protest zum politischen Widerstand“ weiter zu. Hieran knüpfte dann unter anderem auch jener Teil der linken Szene an, aus dem sich in Deutschland die RAF bilden sollte.

Von hier aus war es nur noch ein kurzer Weg dahin, selbst das Münchner Olympia-Attentat gegen israelische Sportler*innen von 1972 als „internationalistisch“ zu verbrämen. Es folgten unter anderem die Anschläge des „Deutschen Herbstes“ 1977, kontroverse Debatten über Terrorismus und Grundrechte sowie 1982 die Erklärung „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ – die, so damals die „taz“, „wortgewaltig die eigene Perspektivlosigkeit“ von „ein paar Polit-Intellektuelle[n]“ vertuschte, „die sich besonders revolutionär vorkommen, weil sie ein Maschinengewehr im Schrank haben“.



Gänsehaut nach der Ankunft

Urs Müller-Plantenberg ist eine Legende der Lateinamerika-Solidarität hierzulande. Was kritischer Internationalismus heißt, lebte er im Chile Allendes

Als Urs Müller-Plantenberg im März 1973 Chile verließ, war die Situation der Regierung Allendes ungewiss und kritisch. Die putschistischen Bewegungen witterten Morgenluft: Der Streik der Fuhrunternehmer im Oktober 1972 und der fortwährende Boykott der Unternehmenschaft hatten das Land in eine katastrophale Lage gebracht – trotz aller Anstrengungen der Unidad Popular, die Normalität wiederherzustellen. Bombenanschläge auf Bahnstrecken und Stromnetze häuften sich, die oligarchische Presse gönnte Präsident Allende keine Atempause.

Zugleich unterstützte das Außenministerium der USA Pläne für einen Staatsstreich, um zu verhindern, dass Chile sich zu einem revolutionären Vorbild entwickeln würde, für die Länder der Region, aber auch für europäische Staaten wie Frankreich und Italien. Und als wäre all das nicht genug, gab es auch in der Linken Streit und Zerwürfnisse darüber, wie der chilenische Weg zum Sozialismus zu gestalten sei.

Noch vor den anstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 schreibt Müller-Plantenberg: „Wenn die Parteien der Unidad Popular ihre Stimmen in mehr Abgeordnete und Senatoren umwandeln wollen, dann müssen sie versuchen, die Opposition zu spalten, und zugleich ihre eigene Einheit erhalten. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Stimmverteilung weniger von den Machenschaften der Opposition abhängt als von der Politik, die die Regierung und die Parteien der Unidad Popular in den Monaten, die ihnen noch bleiben, verwirklichen werden.“ Wenig später kehrt er nach Deutschland zurück und wird zum Mitbegründer des „Chile-Komitees“ und der „Chile-Nachrichten“, einer Zeitschrift, die vorhat, informativ und solidarisch die Regierung Allendes zu begleiten.

Die innige Beziehung Müller-Plantenbergs beginnt jedoch lange zuvor. 1968 erhält seine Ehefrau Clarita Müller-Plantenberg die Chance, in Talca, einer Stadt im südlichen Zentrum Chiles, einen Forschungsaufenthalt zu ver-

bringen. Sie akzeptiert unter einer Bedingung: „Ich gehe, wenn auch mein Partner mitkommen kann.“

Nach ihrer Ankunft in Talca beginnt für beide die Arbeit im Institut zur Fortbildung und Forschung in der Agrarreform (ICIRA). Gegenstand ihrer Untersuchungen ist es, bestimmte Aspekte und Maßnahmen der Agrarreform während der laufenden Regierungszeit von Eduardo Frei Montalva zu analysieren. Clarita konzentriert sich auf das Problem armer Frauen, während Urs die Reaktionen der Großgrundbesitzer, der „Mumien vom Land“, in den Blick nimmt, die sich landesweit gegen den gesellschaftlichen Wandel organisieren.

Der Arbeit als Forscher in Chile ging Müller-Plantenbergs soziales und politisches Engagement in Deutschland voraus. Bis zu seinem Ausschluss 1965 war er im Sozialistischen Deutschen Studentenbund aktiv, und später im Republikanischen Club. Beides waren Organisationen der außerparlamentarischen Linken, die gegen die autoritären und ►

► rassistischen Strukturen in Deutschland kämpften, sich zugleich aber auch für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einsetzen. In diesen politischen Lehrjahren lernt er Klaus Meschkat, Rudi Dutschke, Gastón Salvatore, Alex Schubert, Hans Magnus Enzensberger und andere kennen.

Doch die wichtigste Bekanntschaft während dieses ersten Aufenthalts ist sicherlich die mit Franz Josef Hinkelammert. Der kritische Theologe und Wirtschaftswissenschaftler war in den 1960er und 1970er Jahren besonders für deutsche Internationalisten eine Anlaufstelle. Die Müller-Plantenbergs kehren noch vor dem Wahlsieg der Unidad Popular 1970 nach Deutschland zurück. Ihr Forschungsprojekt in Talca ist zu Ende, aber ihre Beziehung zu Chile hat gerade erst begonnen.

Anfang 1972 fragte Jaques Chonchol, damals Leiter des Studienzentrums zur Nationalen Realität CEREN an der Katholischen Universität Santiagos, seinen Freund Hinkelammert, ob er nicht einen deutschen Soziologen kenne, der die Wirkung der Wirtschaftspolitik der Unidad Popular untersuchen könne. Vor allem war die Regierung daran interessiert, herauszufinden, ob die Kaufkraft der Bevölkerung zugenommen hatte und was genau sie konsumierte. Hinkelammert rief daraufhin Müller-Plantenberg in Berlin an und sagte zu ihm, halb im Befehlston: „Ihr müsst nach Chile zurückkommen.“

Als die Müller-Plantenbergs zum zweiten Mal in Chile eintreffen, regiert Allende bereits mehr als zwei Jahre. Urs nimmt sofort seine Arbeit im CEREN auf, wo er sich in einem offenen und kosmopolitischen Ambiente wiederfindet. Forschende aus Belgien, Argenti-

nien, Bolivien und Spanien versuchten hier gemeinsam Theorien zu entwickeln, die Hand in Hand mit den sozialen und politischen Veränderungen gingen.

Müller-Plantenberg schrieb eine Reihe kritischer Texte, welche die allzu optimistischen Prognosen des sozialistischen Wirtschaftsministers Pedro Vuskovic hinterfragten. So stellte er zum Beispiel fest, dass die staatlichen Interventionen in die Produktion zwar die Situation der Arbeiterklasse verbesserten. Die Produktion und die Kaufkraft wuchsen deshalb jedoch nicht automatisch mit und auch die Konsumgewohnheiten der vormals Armen änderten sich nicht wie gewünscht. Statt frisches Obst und Gemüse kauften viele lieber mehr Zigaretten.

Das CEREN wie auch das Zentrum für Sozioökonomische Studien CESO der Universität von Chile waren wichtige Knotenpunkte internationalistischer Netzwerke, in denen die gesellschaftlichen Prozesse des Landes unter globaler Perspektive analysiert wurden. Im CESO waren es vor allem brasilianische Marxist*innen, die eine Debatte über den sozialen Wandel Lateinamerikas im Kontext kapitalistischer Abhängigkeiten und der ererbten kolonialen Strukturen entfachten. Das CEREN seinerseits konzentrierte sich – vielleicht auch wegen seiner größeren Nähe zur Regierung – auf konkrete soziale Herausforderungen und forschte unter anderem zu chilenischen Massenmedien, zur Agrarreform, zur indigenen Bevölkerung und zur Landarbeiter-Bewegung, aber auch zum Leben Jugendlicher in den Städten, zu christlich-sozialistischen Strömungen sowie zur gesellschaftlichen Rolle der Kultur und der Universitäten.

Nach seiner Rückkehr nach Berlin im März 1973 nimmt Müller-Plantenberg seine Arbeit am Lateinamerika-Institut (LAI) der Freien Universität Berlin wieder auf. Er sitzt gerade am Schreibtisch seines Büros, als er im Radio vom Putsch des chilenischen Militärs hört. Sofort beginnt er, eine Demonstration in Berlin zu organisieren, an der am nächsten Tag 20.000 Menschen teilnehmen. So schmerzlich er das gewaltsame Ende der Unidad Popular empfindet, so aktiv bringt er sich in den kommenden Jahren in die Solidarität mit chilenischen Exilant*innen ein. 1974 beteiligt er sich an der Gründung des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL). Als Lateinamerikanist und Professor der FU hat er großen Anteil an der weiteren Konsolidierung des LAI, an dem er mehr als 30 Jahre lang Studierende aus Europa und Lateinamerika ausbildet.

Von Institutsfeiern in den 1980er Jahren ist er als Gitarrenspieler und Tänzer in Erinnerung geblieben, immer mit einem Glas Rotwein in der Nähe und sich nie zu schade, bis in die frühen Morgenstunden beim Aufräumen zu helfen. Müller-Plantenberg wiederum erinnert sich bis heute gern an die intensive Zeit der Unidad Popular, an die „Gänsehaut“, die er kurz nach seiner Ankunft spürte, als er im Radio folgende Liedzeilen hörte: „Denn diesmal geht es nicht darum, den Präsidenten auszuwechseln, sondern darum, dass die Bevölkerung ein neues, ganz anderes Chile schaffen wird...“

Eine längere Fassung dieses Textes ist zuerst im Onlineprojekt „Allendes Internationale“ erschienen (siehe Seite 13).

Der ANC und die DDR

„Wir haben immer gesagt, es geht nicht gegen Weiße“, so hat es Ronnie Kasrils einmal einem Fernsehsender erzählt. „Der Feind ist das Apartheid-Regime.“ Der Sohn litauisch-lettischer Juden, die vor antisemitischen Pogromen in der Zarenzeit nach Südafrika geflohen waren, hatte sich Anfang der 1960er Jahre der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC angeschlossen und war in der DDR später militärisch ausgebildet worden.

Die SED hatte 1972 mit dem ANC offizielle Beziehungen aufgenommen, bot Bildungsmaßnahmen, medizinische Versorgung und finanzielle Unterstützung an. Die ANC-Zeitschrift „Sechaba“, redigiert im Exil in London, wurde in der DDR gedruckt. Und nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand von Soweto 1976 wurden Mitglieder des Umkhonto we Sizwe, des militärischen Flügels, auch an der Waffe ausgebildet. Im mecklenburgischen Teterow.

Das ist nur eine Seite der vielfältigen Geschichte der internationalen Solidarität mit dem ANC. Sicher ist es eine besondere. Denn die südafrikanische Befreiungsbewegung musste seit 1960 aus dem Untergrund gegen das Apartheid-Regime agieren – viele westliche Regierungen sahen in ihr noch in den 1980er Jahren eine terroristische Organisation. Auch die offizielle Bundesrepublik, die zu den hartnäckigsten Verteidigern des rassistischen Regimes gehörte.

Viele ANC-Mitglieder erinnern sich hingegen noch heute mit Dankbarkeit an die Solidarität der DDR. Dieser Teil der Geschichte des Internationalismus wird ab dem Frühjahr in einer umfangreichen Aus-

stellung in einer der bedeutendsten nationalen Gedenkstätten Südafrikas gezeigt – in Liliesleaf, gelegen in Rivonia, einem Vorort von Johannesburg. Nachdem dort schon die Beiträge Schwedens und Norwegens im südafrikanischen Kampf um Befreiung von der Apartheid und um Demokratisierung gewürdigt wurden, wird nun in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch die Rolle der DDR dabei zum Thema gemacht.

Dutzende Stunden Filmmaterial mit Erinnerungen von Menschen wurden gesammelt, die in die Unterstützung des ANC durch die DDR eingebunden und mit ihr verbunden waren. Mancher wird sich noch an die Postkartenaktion für Nelson Mandela erinnern, die Mitte der 1980er Jahre in einer Kinderzeitschrift gestartet wurde. Und auch die dem ANC gewidmeten Plakate des offiziellen Solidaritätskomitees waren weithin bekannt.

In der Ausstellung geht es nicht zuletzt darum, diesen Teil der Geschichte der Nachwelt zu erhalten – nach dem Ende der DDR sind die Voraussetzungen dafür nicht eben besser geworden. In Südafrika misst man der Schau große Bedeutung bei, was sich auch darin zeigt, dass Ex-Präsident Kgalema Motlanthe sie eröffnet. Im Herbst 2019 wird das Projekt über die DDR-Hilfe für den ANC, das von der Hannoveraner Historikerin Anja Schade betreut wird, auch in der Bundesrepublik Station machen. Außerdem ist ein Materialien-Band über die „Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf in der DDR und der Bundesrepublik“ geplant.



Allendes Internationale

Als das linke Wahlbündnis Unidad Popular am 4. September 1970 mit über 36 Prozent zur stärksten Kraft wurde, stand Chile an einem Wendepunkt, der auch international größte Aufmerksamkeit fand. Der Ausgang des linksdemokratischen Experiments ist bekannt – drei Jahre später putschte das Militär gegen Präsident Salvador Allende, die von den USA unterstützte Junta Augusto Pinochets ermordete Tausende und entfesselte eine neoliberale Konterrevolution.

Wenn sich 2020 der Wahlsieg der Unidad Popular zum 50. Mal jährt, wird man nicht nur auf viele Erfahrungen des Aufbruchs in Chile und seiner Vorgeschichte blicken. Vieles sei in Vergessenheit geraten, sagt Nils Brock vom crossmedialen Internetprojekt „Allendes Internationale“, etwa das Erstarren der chilenischen Arbeiterbewegung, die Konsolidierung von Gewerkschaften, feministische Interventionen und anderes.

Ganz grundlegend wäre es „ein großer Fehler“, die Zeit der Unidad Popular „als eine abgeschlossene, ferne Epoche zu behandeln“, so Brock. Ein genauer Blick sei auch nötig, um die „eingeübten Narrative“ der innerchilenischen Erinnerung nicht kritiklos zu übernehmen. Es gebe „neue, marginalisierte, nie gehörte und vergessene Erzählungen“.

Dazu gehört eine andere Perspektive auf die internationale Rolle, die Chile in der Zeit der Unidad Popular spielte. Stelle man hier bloß Fragen wie „Wie war das Verhältnis Chiles zur Sowjetunion, wie groß der Einfluss der Kommunistischen Internationalen, welche Kontakte gab es zu Kuba?“, gerate völlig aus dem Blick, „dass zu dieser Zeit weltweit viele Menschen oder Basisgruppen Chile vor allem als Alternative wahrnahmen, die sich vom Dogmatismus vieler nationaler KPs, der UdSSR und den autoritären Zügen der kubanischen Revolution unterschied“.

Es kamen AktivistInnen, BerichterstatteInnen, DissidentInnen, EntwicklungshelferInnen, WissenschaftlerInnen und viele andere. Sie machten bei der Agrarreform mit, entwickelten Konzepte für die Alphabetisierung, unterrichteten Kinder oder berieten die Regierung. Bis heute gebe es keine systematische Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der internationalen Unterstützer – und genau diese Lücke will „Allendes Internationale“ schließen helfen.

Das Projekt entstand in Zusammenarbeit des Nachrichtenpools Lateinamerika e. V. mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wer waren diese Tausende EnthusiastInnen aus der ganzen Welt, die der Unidad Popular zu Hilfe eilten? Was hat sie angetrieben und welche Lehren können wir für heute daraus ziehen? Antworten finden sich und biografische Erfahrungen: Interviews, Fotos, Texte, Videos, Musik ... Das Projekt will dabei auch zum Mitmachen einladen – man kann Inhalte ergänzen, kommentieren, Zeitzeugen haben die Möglichkeit, eigene Erinnerungen via „memoria-máquina“ beizusteuern. Auf dem Laufenden hält „Allendes Internationale“ seine Leserinnen und Leser mit einem Newsletter. Anmeldung und weitere Infos unter: internationalallende.org.



Verändert im Kontinuum

Die Anfänge des Vereins SODI liegen in der DDR. Aber ernst gemeinte Solidarität geht nicht mit einem Gesellschaftssystem unter. Von Kathrin Gerlof

Wenn man Umverteilung internationalisieren will, ließe sich für dieses Wollen der Begriff „Internationalismus“ benutzen. Sarah Ninette Kaliga, die Geschäftsführerin des SODI, sagt: „Klar ist das so, auch wenn wir den Begriff nicht verwenden. Wir tragen nicht umsonst das Wort ‚Solidarität‘ im Namen.“

Begriffe sind wichtig, um einzuordnen, was der SODI tut und was er lässt, weil er es nicht tun will. „Wir wollen niemanden entwickeln, also reden wir auch nicht von Entwicklungshilfe, wenn wir über unsere Arbeit sprechen. Die zu uns kommen, entwickeln ihre Projekte. Wir haben es mit den Situationen zu tun, in denen sich diese Menschen befinden, nicht mit unseren Wünschen, wie die zu sein und was sie zu tun hätten. Das heißt: Wir wissen es nicht besser. Aber wir können zusammenarbeiten.“

Zusammenarbeiten heißt, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen Eigeninitiative zu ermöglichen und zu unterstützen, Selbsthilfepotenzial zu fördern, Lösungsansätze, die bereits da sind, umzusetzen. Es sind lokale Projekte, die der SODI unterstützend begleitet und bei denen er im besten Fall Kontinuität und Erfolge ermöglicht. Mal kleiner, mal größer.

Manchmal ist es – wie in Mosambik – eine ganze Städtepartnerschaft. Daraus ist eine Erfolgsgeschichte geworden, bei der man voneinander lernt und miteinander tut. Es sei in dem Fall die beste und vielversprechendste Form gewesen, auf Augenhöhe etwas aufzubauen, sagt Sarah Ninette Kaliga.

Über 1.000 Projekte gab und gibt es inzwischen, für die auch der Name SODI steht. Gegenwärtig engagiert man sich in zwölf Ländern. Wenn man bedenkt, dass es den Verein erst seit 1990 gibt, ist das viel. Und an dieser Stelle muss der Einschub zur Geschichte stehen.

Hervorgegangen, was Bürde und Möglichkeit zugleich war, ist der SODI aus dem Solidaritätskomitee der DDR, einer juristisch eigenständigen Organisation, die dem Zentralkomitee der SED unterstand und die Aufgabe hatte, die Entwicklungshilfe-Aktivitäten des Landes zu koordinieren. Das hieß: Ländern im Kampf gegen den Imperialismus helfen, außenpolitische Ziele durchsetzen, wirtschaftliche Entwicklung dort fördern, wo man – so die Hoffnung – den Sozialismus aufbauen würde. Gegründet 1960, speiste sich das Komitee aus den Spenden der Bevölkerung, eingesammelt durch den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB. Freiwilligkeit war ein sehr dehnbarer Begriff, wer sich verweigerte, bekam dies zu spüren.

Nach Auseinandersetzungen mit der Treuhandanstalt konnten die bis 1990 aufgebrachten Spenden, mehr als 32 Millionen DM, in die

1994 gegründete Stiftung „Nord-Süd-Brücken“ eingebracht werden, die es bis heute gibt. Da gab es den SODI e. V. schon vier Jahre. Als Stifter legte der Verein die vorhandenen Spendemittel ein und begann sich auf Grundlage dessen zu konsolidieren, was inhaltlich da und nicht verlorengegangen war. Erst mal ohne institutionelles Geld, aber mit Unterstützung durch Spenden und Fördermitglieder und mit dem Willen, mit möglichst vielen Partnern, einem starken Engagement in Netzwerken, das ambivalente Erbe für solidarisches Engagement zu nutzen. Und es ließ sich aufbauen, denn die Idee, der Gedanke der Solidarität, des Internationalismus, war ja nicht mit der DDR verschwunden. Da lebte was. Viel sogar.

Heute gibt es Vereinsmitglieder, Fördermitglieder, Ortsgruppen, es werden Fördermittel akquiriert, der SODI ist Mitglied in verschiedenen Bündnissen und Dachverbänden der Entwicklungshilfe und in Netzwerken.

„Wir haben uns neu erfunden und zugleich vieles von dem, was da war, fortgeführt, neu diskutiert, anders organisiert, ein eigenes Selbstverständnis entwickelt. Viele Länder, in denen sich auch das einstige Solidaritätskomitee engagierte, sind unser Aufgabenbereich geblieben: Vietnam, Südafrika, Laos, Mosambik. Das ist Kontinuität, zugleich haben wir ein anderes, nicht paternalistisches Verständnis von Zusammenarbeit entwickelt“, so Sarah Ninette Kaliga. „Es geht uns um Nachhaltigkeit – sozial, ökonomisch, ökologisch. Es geht vor allem darum, dass Menschen, die Armut und

Umweltzerstörung erleben, sich selbst für eine gerechtere Welt einsetzen können. Da, wo sie leben, mit anderen zusammen und möglichst eben nicht nur im Rahmen eines kurzen Projektzeitraums, sondern verstetigt.“

Zur Kontinuität des Bestehenden kamen neue Aufgabenfelder in einer Welt, wie es beim Verein heißt, „in der viele Menschen keinen oder wenig Zugang zur politischen Teilhabe und zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Gütern haben“. In einer Welt, ließe sich hinzufügen, in der Heldinnen und Helden nicht mehr so einfach zu finden sind.

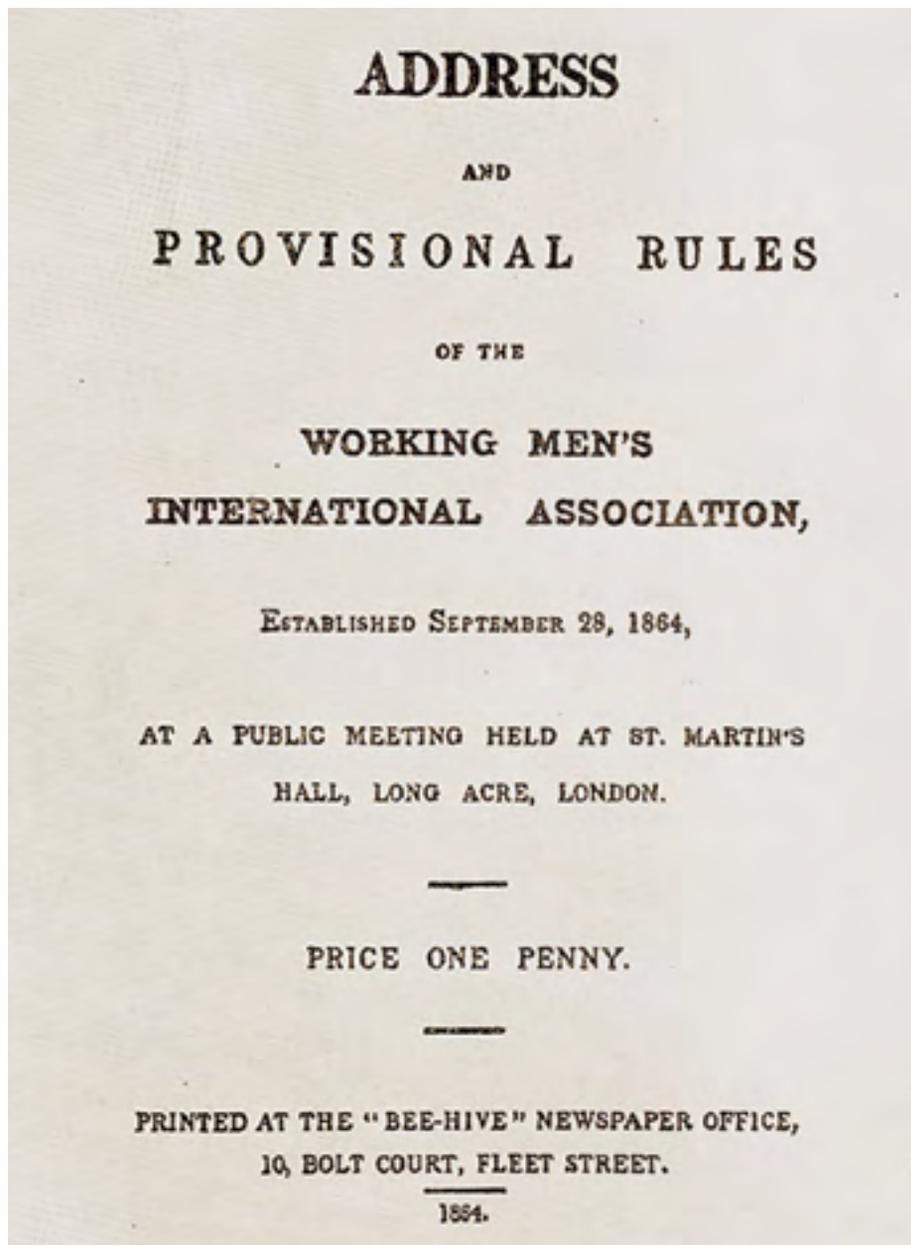
Denn auch das gehört zur Geschichte des SODI: Aus Befreiungsbewegungen und Namen, die mit ihnen verbunden waren, wurden zum Teil autoritäre oder noch schlimmere Gebilde, aus Helden Machthaber, aus vielleicht einmal hoffnungsvollen Entwicklungen durch Bürgerkriege und Armut zerrüttete Länder.

Dem stehen hoffnungsvolle „Inseln“ gegenüber und verstetigte Projekte. Vor allem die Verstetigung ist schwer zu erlangen, was auch etwas mit der immer wieder notwendigen Akquise entsprechender Gelder zu tun hat. Die kommen von Stiftungen, vom Entwicklungsministerium, aus den Spenden der Fördermitglieder und anderer Menschen. Auch die Stiftung „Nord-Süd-Brücken“ gehört zu denen, die immer wieder angefragt werden, wenn ein Projekt, vor allem im Rahmen der Bildungsprojekte, neu aufgestellt oder fortgeführt werden soll.

Eines der spannendsten, weil mühsamsten, da mit weltweit verfestigten Vorurteilen, die Jahrhunderte überdauern und vor denen auch Linke oft nicht gefeit sind, konfrontierten Projekte ist „Arbeit und Zukunft für Roma“ in Serbien. Es sei noch nicht lange her, erzählt Sarah Ninette Kaliga, dass sie auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Reise nach Belgrad gemacht habe, um dort Roma-Organisationen und deren Arbeit kennenzulernen.

Daraus ist die Idee entstanden, Stadtteilzentren zu entwickeln, gemeinsam mit den Roma. Rechtsanwält*innen, Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen vor Ort, die Partnerorganisation Roma Forum Serbia, der SODI und andere Partner*innen entwickeln praktische Strategien und setzen sie um, zum Beispiel im serbischen Požarevac, wo rund 7.500 Roma (etwa ein Fünftel der Stadtbevölkerung) in prekären Verhältnissen leben. Rassistische Gewalt, Diskriminierung durch staatliche Institutionen, schlechte bis gar keine Bildungschancen, kaum Arbeitsmöglichkeiten, keine Papiere – über Generationen hinweg scheint dieser Kreislauf auf ewig geschlossen und kein Entkommen möglich. Es geht also um Zugang zu Bildung, um die Vermittlung von Jobs, die Behandlung von Trau-





mata, die Stärkung von Kleinunternehmer-
tum und – sehr wichtig – um Hilfe bei der
Beschaffung von Personaldokumenten. Vor
allem Frauen bekommen auf diese Art Unter-
stützung, die keine Idee offeriert, stattdessen
die Ideen jener Menschen aufnimmt, um die
es geht, und dabei hilft, sie umzusetzen.

Bald soll das Projekt, erzählt Sarah Ninette
Kaliga, auf Albanien und den Kosovo ausge-
weitert werden. „Roma sind die größte Min-
derheit Europas. Und die am meisten diskri-
minierte, die ärmste Gruppe. Es besteht nur
wenig Interesse, dagegen etwas zu tun. Im Ge-
genteil, in den letzten Jahren hat sich die Lage
dieser Menschen weiter verschlimmert, wenn
wir nur an Länder wie Ungarn denken.“

In Indien gibt es seit zwei Jahren ein
Tee-Projekt, das gemeinsam mit der dortigen
Partnerorganisation CTRD aufgebaut wird.
Es ist initiiert von den Adivasi in den südindi-
schen Nilgiri-Bergen, deren Lebenssituation
schwierig ist. Der Aufbau von Teekooperati-
ven und einer eigenen Teefabrik zur Produkti-
on von zertifiziertem Bio-Grüntee ermöglicht
500 Kleinbäuer*innen wirtschaftliche Sicher-
heit und ein würdevolles und selbstbestimm-
tes Leben.

Ist das Solidarität, ist diese Art des Tuns In-
ternationalismus? „Wenn der Internationalis-
mus Bewegungen braucht, dann sind es die für
Umverteilung. Darum dreht sich alles“, sagt
Sarah Ninette Kaliga. „Unsere jüngste Kam-
pagne wird ‚Eine Wirtschaft für alle‘ heißen.
Wir müssen nicht unbedingt wachsen, aber
im Denken weiterkommen, noch politischer
werden. Da waren wir bisher zu vorsichtig.
Mehr über Gerechtigkeit reden und für sie
kämpfen. Das können wir dann auch Interna-
tionalismus nennen. Obwohl ich das Wort ‚So-
lidarität‘, wie wir es im Namen tragen, schön
und treffend finde.“

Weltweit gegen den Vietnamkrieg

„Der Dschungel-Krieg in Vietnam hat auf die Bundesrepublik über-
gegriffen“, hieß es 1965 im „Spiegel“, in einem Bericht über einen
Appell von westdeutschen Intellektuellen „für die sofortige Been-
digung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams“. Der
Konflikt um die Unabhängigkeit und Einheit des Landes hatte da-
schon Jahre gedauert – begonnen 1946 mit dem bis 1954 anhalten-
den Indochinakrieg gegen die französische Kolonialmacht, dann ab
1956 als Konflikt zwischen dem kommunistischen Nordvietnam und
Südvietnam mit dessen Schutzmacht USA.

Der Krieg löste eine internationale Protestbewegung von großer
Tragweite aus – die Bilder der Flächenbombardements mit Napalmbom-
ben, der Einsatz des giftigen Entlaubungsmittels Agent Orange und das
große Leiden der Zivilbevölkerung entfachten Wut und Empörung. Seit
Mitte der 1960er Jahre wuchs zunächst in den USA der Widerstand, der
sich aus älteren Protestbewegungen wie jener gegen Atomwaffen und
der für Bürgerrechte speiste. Solidarisch waren aber auch Arbeiter*innen
aus Großbritannien oder das „Three-Continent Mobilization Committee
in Cuba“, wie 2018 auch eine Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
über „50 Jahre Tet-Offensive – 50 Jahre 1968“ gezeigt hat.

Vor allem die in jener Zeit anschwellende Student*innenbewegung
machte den Ruf nach einem Ende des Krieges zu ihrem Hauptanlie-

gen. Der Internationale Vietnamkongress im Februar 1968 an der TU in
West-Berlin sollte zum Beispiel zu einem der wichtigsten Ereignisse der
damaligen Student*innenbewegung werden. Rund 5.000 Linke aus 14
Ländern hatten sich aber nicht nur in Opposition zu dem Krieg eingefun-
den, es ging darüber hinaus um eine gesellschaftsverändernde Perspekti-
ve. Das Vorgehen der USA bot erstens einen Ansatzpunkt für fundamen-
tale Kritik an der Realität der westlichen Demokratie neben anderen. In
zahlreichen Reden ging es darum, Internationalismus und Klassenkampf
wiederzubeleben. Zweitens konnte damit in einem globaleren Ansatz die
Unterstützung anticolonialer Befreiungsbewegungen propagiert und das
Paktieren von Regierungen wie jener der Bundesrepublik mit rechtsauto-
ritären Regimen in Südamerika, Asien und Afrika kritisiert werden.

„Was sind Eier gegen das Amerikahaus im Vergleich zu Eierhandgra-
naten gegen die vietnamesische Bevölkerung?“, hieß es damals auf ei-
nem Flugblatt des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Anfang
der 1970er Jahre wurden in den USA die „Pentagon-Papiere“ veröffent-
licht, aus denen hervorging, dass entgegen offiziellen Beteuerungen der
Krieg schon vor dem offiziellen Eingreifen geplant gewesen war – als
Vorgehen gegen den Kommunismus. Ein Waffenstillstandsabkommen
legte 1973 den Abzug aller US-Truppen fest, danach war der militärische
Zusammenbruch Südvietnams nur noch eine Frage der Zeit.

Viel, viel komplizierter

Hat die Bundeskoordination Internationalismus eine Zukunft?

Und wenn ja, welche wird es sein? Von Kathrin Gerlof

Das Himmelfahrtswochenende 2019 könnte die Fortschreibung einer stets auch unterbrochenen Kontinuität, ein Neuanfang, eine Neubestimmung oder ein Ende sein. Der Ausgang ist offen, wenn sich im Mai Mitglieder der BUKO treffen werden, um über den Strategieprozess der vergangenen Monate und die Zukunft zu diskutieren.

Sie ist eines der ältesten Basis-Netzwerke Deutschlands. Gegründet 1977 als „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“, später umbenannt in „Bundeskoordination Internationalismus“, war und ist sie der Versuch, entwicklungspolitische Organisationen, Eine-Welt-Gruppen, transnationale Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Einzelpersonen miteinander zu vernetzen.

Die Vielfalt war nie das Einfache, das nur schwer zu machen ist. Sie war und ist das Schwere, das fast unmöglich scheint. Zukunft könnte auf dem Fundament einer Vergangenheit entstehen, die nicht nur ob ihrer zeitlichen Dimension (mehr als 40 Jahre) über Schwergewicht verfügt.

Der Internationalismus war schon mehrfach geboren, gestorben und wiederauferstanden, als sich die BUKO gründete. Nach 1945 gab es in Deutschland keine internationalistische Bewegung, das Entstehen der „Dritten Welt“ infolge des Zusammenbruchs der Kolonialreiche beschäftigte die Menschen nicht, deren eigene Erfahrung von Krieg, Flucht, Zerstörung, Existenzkampf nicht in Solidarität mit jenen mündete, denen Ähnliches oder Gleiches widerfuhr.

Der mit dem sogenannten Wirtschaftswunder, das ja kein Wunder war, einherge-

hende Wohlstand führte nicht zu der Frage, auf wessen Rücken er möglicherweise erobert worden war. Bereits kurz nach dem Krieg betrug der Anteil der Importe aus Entwicklungsländern, vor allem von billigen Rohstoffen, rund 27 Prozent. Billige Arbeitskräfte aus ärmeren Ländern kamen dazu und mehrten den Wohlstand. Der Internationalismus schien tot.

Auch der erste Algerienkrieg (1954–1962) änderte daran grundsätzlich nichts. Erst mit dem zweiten Vietnamkrieg (1960–1975) sollte sich das ändern. In den 1970er Jahren jedoch wich die Euphorie über den Aufschwung des Internationalismus der Ernüchterung und Resignation, und auch die eher romantisierende Sicht neuer sozialer Bewegungen in den 1980er Jahren hielt den damit einhergehenden Enttäuschungen über die Entwicklung manch nationaler Befreiungsbewegungen und Helden nicht stand. Infolgedessen konnte die zwar gewünschte, aber nicht so einfach darstellbare Dichotomie von Gut und Böse nicht länger der Motivation dienen, und der Zusammenbruch der realsozialistischen Länder gab sozusagen den vorläufigen Rest. Anfang der 1990er Jahre institutionalisierten sich große Teile der noch vorhandenen internationalistischen Bewegungen in Nichtregierungsorganisationen, die professionell arbeiteten und der Politik teils beratend zur Seite standen.

Umso schwerer wiegt angesichts dieser schwierigen und eher nicht aufmunternden Entwicklungen, dass die 1977 gegründete BUKO eher einen entgegengesetzten Prozess durchlief. Sie ist ein Kind der Dritte-Welt-Bewegung in der damals noch kleinen BRD. „Für

viele steht (oder) stand am Anfang die mehr karitative Unterstützung der Betroffenen in der Dritten Welt und der Ruf nach ‚mehr‘ Entwicklungshilfe im Vordergrund. Aber die Auseinandersetzung mit den Ursachen der ‚Unterentwicklung‘ hat fast alle mehr oder weniger zur Beschäftigung mit der Verstrickung der eigenen Gesellschaft geführt“, heißt es im „Aktionshandbuch Dritte Welt“, das 1980 in erster Auflage erschien.

Die BUKO, in den ersten Jahren noch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert, später wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber der Entwicklungspolitik der BRD nicht mehr gefördert, war und ist eine Art Thinkthank globalisierungskritischer Linker, ein Kind der Solidaritätsbewegung der 1980er Jahre. Ein Dachverband, dessen Arbeit nie leichter, aber dafür durch die Art der Organisation, Arbeitsteilung und Struktur umso offener für viele war. Und ist. Heute gehören ihm 104 entwicklungspolitische Organisationen, Initiativen, Gruppen, Läden und rund 100 Einzelpersonen an.

Aus den jährlichen Bundeskongressen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, die ein Treffpunkt der globalisierungskritischen Szene waren, entstand Vernetzung. Dort wurde über große Themen debattiert und die Diskussionen mündeten in aktive Auseinandersetzungen und Kämpfe, dort wurde der ewige Grundkonflikt ausgetragen, ob der Fokus mehr auf dem internen Zusammenschluss und der Verständigung einer eher radikalen internationalistischen Linken liegen oder breiter und somit vielleicht auch beliebiger gefasst werden sollte.

Weltweit für Klimagerechtigkeit

Sie besetzen Kohlebagger und Wälder, sie sind international vernetzt, und in ihren Camps wird über Kapitalismus diskutiert, nicht nur über Umweltprobleme – seit einigen Jahren wächst die Klimagerechtigkeitsbewegung. Anfänge reichen in die 1980er Jahre zurück, in denen afroamerikanische Bürgerrechtler*innen und Öko-Aktivist*innen begannen, gegen Umweltrassismus anzugehen. Denn die Folgen ökologischer Krisen und des Klimawandels betreffen nicht alle gleichermaßen, sondern oft die ärmeren Bevölkerungsteile.

In Europa zog die Klimagerechtigkeitsbewegung erst später an, wichtige Etappen der Entwicklung waren die UN-Klimakonferenzen von Bali (2007) und Kopenhagen (2009). Schon 2002 hatten sich in Bali zum ersten Mal Organisationen an einen Tisch gesetzt und die „Bali Principles of Climate Justice“ formuliert. Im südafrikanischen Durban bildete sich 2004 die „Durban Group for Climate Justice“ – einig in der Kritik an Versuchen, die Klimaprobleme über Marktmechanismen oder rein technisch zu lösen.

Menschengemachter Klimawandel wird stattdessen als komplexe Frage der sozialen Gerechtigkeit und nicht nur als ein Umweltproblem betrachtet. Das rückt Fragen der ökonomischen Struktur und der kapitalistischen Wachstumslogik mit ins Zentrum. Dies eröffnet einen recht weiten Horizont der Kritik: Es geht um Überkonsum, globale Ungleichheit verstärkende Finanztransfers, ungerechten Welthandel und Agrarkapitalismus; als Ziele werden unter anderem Energiedemokratie, Ressourcenschonung und Ernährungssouveränität genannt.

Graswurzel-NGOs, Regierungen aus dem globalen Süden und Aktivist*innen aus dem Norden knüpfen in der Klimagerechtigkeitsbewegung neue Bande der Kooperation. Vor allem die europäischen Netzwerke sind geprägt von einem grundlegenden Antikapitalismus, also der Absage an Spielarten eines „green capitalism“, und einem Fokus auf massenhaften zivilen Ungehorsam. Kampagnen wie „Ende Gelände“ und „Break Free from Fossil Fuels“ werden dabei international koordiniert – bei letzterer gab es 2016 Aktionen auf fünf Kontinenten.

Die Finanzierung solcher Arbeit, die trotz aller Pluralität Struktur und Begegnung, Räume für Diskussionen und politische Arbeit braucht, ist immer prekär. Mitgliedsbeiträge und Spenden sichern das Notwendigste. Ein Treffen wie das für Mai geplante gerät trotzdem zum Kraftakt. Aber es ist notwendig, und die Hoffnung liegt darin, dass sich möglichst viele Gruppen und Menschen in die dann zu führende Debatte über Inhalte und künftige Organisation einbringen werden.

Die Fragen sind groß, Antworten oft nicht mal auf dem Papier zu haben: Welche Formen internationalistischen Engagements und Handelns in der immer komplizierter werdenden Welt sind möglich? Wie ist mit der Tatsache umzugehen, dass es auch eines Internationalismus vor der Haustür bedarf, weil jene, die der Solidarität bedürfen, migrieren müssen? Wie kann aus Solidarität gemeinsames Agieren auf Augenhöhe werden, wie lässt sich also eine Einbeziehung jener Menschen und Gruppen herstellen, denen die Solidarität gilt?

Die BUKO ist keine Kaderorganisation, in der bei einer Zusammenkunft in fein aufbereiteten Präsentationen die Ergebnisse vorangegangener Diskussionen präsentiert werden. Stattdessen – und deshalb auch der offene Ausgang des Treffens im Mai – hängt vieles vom Verlauf des Kongresses selbst ab.

Angesichts schwindender Solidarität, eines von Paternalismus und Arroganz durchdrungenen Begriffs der Entwicklungshilfe und immer schwieriger zu durchschauender Kräfteverhältnisse und Kämpfe weltweit wäre eine weiter bestehende und neu sich einbringende BUKO als dringend notwendig anzusehen. Die Themen, denen sie sich in der Vergangenheit so intensiv gewidmet hat – Bildung und Emanzipation, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Stadt und Raum, Biopiraterie, Rüstungsexporte, Saatgut-Souveränität –, sind nicht obsolet geworden, nur viel, viel komplizierter.

Aber wie es auf der Webseite der BUKO im Aufruf zum Kongress 2015 ermutigend heißt: „Unterwerfen wir uns in unseren Träumen und Wünschen für eine gerechte Welt nicht länger der Diktatur der Alternativlosigkeit. Die Zukunft ist ein unbeschriebenes Blatt. Setzen wir der neoliberalen These, da sei keine Alternative zur Ausbeutung der Menschen, zur Klimaerwärmung, zu immer wieder neuen Kriegen, libertäre Ideen von Emanzipation und Freiheit entgegen.“

Vier Jahre später bestehen die Hoffnung, der Wunsch und der Wille, das unbeschriebene Blatt Zukunft mitzugestalten.

www.buko.info



Lob des Kosmopolitismus

Gegen Geschichtsvergessenheit und Begriffsstutzigkeit. Von Tom Strohschneider

Es ist in den Debatten um autoritäre Trends und nationalistische Regression zur Mode geworden, die Zustimmung für rechte Parteien unter Lohnabhängigen zu einer Art Notwehr aufzuhübschen. In dieser Lesart haben es Linksliberale mit ihrem angeblichen Moralismus in Fragen der Migration, der Identitätspolitik, des Klimaschutzes übertrieben.

Seinen Tiefpunkt findet solcherart Weltbild dort, wo in diesem Zusammenhang von einem „Kosmopolitismus“ die Rede ist. Was als kritische Deutung sozialer und politischer Widersprüche daher kommt, ist dabei oft nur selbst Teil der öffentlichen Deutungskämpfe, also mehr Position als Analyse. Und die Zurückweisung des Kosmopolitismus dient hier nicht selten auch dazu, eine andere Position zu diskreditieren – gern mit dem Hinweis angereichert, es handele sich um „progressiven Neoliberalismus“.

Was dieses Reden so unerträglich macht, ist die Geschichtsvergessenheit und Begriffsstutzigkeit derer, die da sprechen. Wer heute die Rede von den bösen Kosmopoliten führt, will offenbar nichts wissen vom „Antikosmopolitismus“ der schlimmsten Art. Wer in die Schusslinie solcher Propaganda geriet, stand als vaterlandsloser Gesell da, die Kampagnen gegen den Kosmopolitismus in der Stalin-Zeit verbanden dies mit starken antisemitischen Akzenten, nannten den Kosmopolitismus eine „reaktionäre Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie“. Im Slánský-Prozess von 1952 wurden innerparteiliche Konkurrenten als „zionistische Verschwörer“ und „Kosmopoliten“ gebrandmarkt.

Was die erinnerungslose Verwendung des Kosmopolitismus-Begriffs außerdem meist unerwähnt lässt, ist, dass es in jüngerer Zeit eine an Kant anschließende Debatte gab, in der es um gerechte weltbürgerliche Politik zwischen Gleichen ging, um die Perspektive einer Kosmopolis, also um bessere Weltverhältnisse, deren normative Begründung und juristische Sicherstellung.

Das hat mit einer angeblichen „moralischen Überheblichkeit der Privilegierten“, auf die die Rede vom Kosmopolitismus heute gemünzt ist, nichts zu tun. Dafür aber umso mehr mit einer internationalistischen Perspektive.

Wer die wirkliche Welt zur Kenntnis zu nehmen bereit ist, kann die Asymmetrie zwischen dem globalen Raum der Ökonomie und der politischen Enge nationalstaatlicher Regelungskompetenzen nicht übersehen. Der Kapitalismus hat die ganze Welt zu einem Wirtschaftsraum gemacht. Damit hat die Geschichte nicht nur „die ökonomischen Voraussetzungen für die Überwindung des Nationalstaats geschaffen, sondern diese auch notwendig gemacht“ (Jörn Schulz). Es bleibt die Frage, wie diese Überwindung zu bewerkstelligen ist.

Dabei geht es nicht darum, all die Schwierigkeiten zu übersehen. Natürlich heißt für die weltgesellschaftliche Behandlung von gesellschaftlichen Problemen – Umverteilung, Menschenrechte, Klimaschutz, Entwicklungschancen – einzutreten nicht, die bestehenden Möglichkeiten nationalstaatlicher Regulierung auszuschlagen. Man wird das eine

nicht unterlassen müssen, um mit dem anderen endlich voranzukommen. Aber auf welches Ziel hin?

Zum Beispiel das der demokratisch-sozialistischen Vervollständigung von Voraussetzungen, die im Kapitalismus geschaffen, unter seiner Dominanz aber nicht vollendet werden können. Eine internationalistische Perspektive auf der Höhe der ökonomischen Entwicklung wird gerade in Zeiten globaler Wertschöpfung die Solidarität der von Lohnarbeit Abhängigen über Grenzen hinweg organisieren. Sie wird in Zeiten der Migration als Normalzustand für ein Recht auf Bewegungsfreiheit streiten, das Glück nicht zur Frage eines zufälligen Geburtsortes macht. Sie wird in Zeiten von planetaren Herausforderungen deren globale Lösung anstreben müssen.

Kosmopolitismus so verstanden ist, mit Bertolt Brecht gesprochen, „das Einfache/Das schwer zu machen ist“. Aber das bestreitet auch niemand. Der Vorwurf der Utopisterei hingegen wird meist von denen erhoben, die es sich unter den herrschenden – in diesem Fall: nationalstaatlichen – Verhältnissen ganz gemütlich eingerichtet haben. Dass die Polemik gegen den Kosmopolitismus heute oft mit klassenkämpferischen Parolen garniert wird, macht den Irrtum, der darin steckt, übrigens nicht kleiner: Es heißt im „Kommunistischen Manifest“ ja nicht, dass die Menschen mit dem Abstreifen der berühmten Ketten „ein Land“ zu gewinnen hätten. Sondern es geht, so heißt es da, um „eine Welt“.

Alarmtelefon für Geflüchtete und kritische Grenzbeobachtung

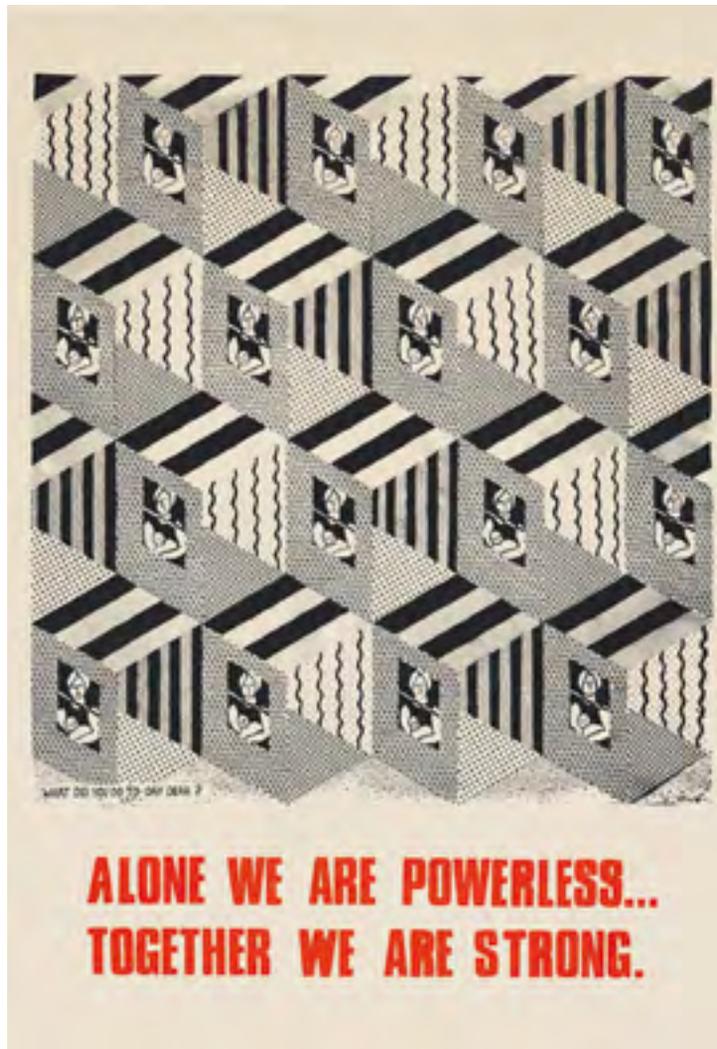
Im Oktober 2013 ertranken mehr als 260 Menschen vor der italienischen Küste – die Katastrophe von Lampedusa lenkte den Blick auf das Sterben der Geflüchteten im Mittelmeer, und sie war politisch verursacht: Tagelang hatten sich italienische und maltesische Küstenwache die Verantwortung für das in Seenot geratene Schiff mit den Migrant*innen gegenseitig zugeschoben. Bis es zu spät war.

Ein Jahr später startete die Alarm-Phone-Initiative, ein Projekt von Freiwilligen aus Europa, Tunesien und Marokko. Ihr Ziel: Rettung von Flüchtlingen; ihr Mittel: eine Hotline für Menschen in Seenot. Freiwillige, die sich bereits in Initiativen wie Welcome2Europe, Afrique-Europe-Interact, borderline-europe, No Borders Morocco oder Watch the Med engagiert hatten, tragen das Alarmtelefon, das mit Spenden finanziert wird. Die internationalistische Initiative stößt in eine Lücke, die staatliche Politiken aufreißen lassen. Immer wieder wurden Notrufe Geflüchteter von Küstenwachen ignoriert; die von Regierungen etablierten maritimen Kooperationen – etwa Frontex – zielen vor allem auf die Abwehr von Migration, das ganze Grenzregime dient der Abschreckung weiterer Geflüchteter. So wurde das Mittelmeer für Menschen in Not zur Todeszone. Mehr als 2.200 starben dort nach UN-Angaben allein 2018 beim Versuch, Europa zu erreichen, 2017 waren über 3.100 Opfer zu beklagen. „Wir brauchen eine Art Interventi-

onsmöglichkeit“, so hat Laura Maikowski, eine der Mitgründer*innen, das Motiv einmal beschrieben. An der Entwicklung des Alarmtelefons wurden Migrant*innen beteiligt, die selbst die Flucht über das Mittelmeer nach Europa geschafft hatten. „Unsere Kritik am Grenzregime adressiert insbesondere die politischen Verantwortlichen der EU“, heißt es bei Watch the Med. Es werde auch versucht, zivile Schiffe in der Nähe zu kontaktieren, zudem werden Informationen über in Seenot geratene Geflüchtete an Akteure wie Sea-Watch weitergegeben.

Internationalistisches Engagement von unten gibt es auch entlang der Balkanroute, auf der Geflüchtete unter schwierigsten Bedingungen nach Europa vorankommen wollen. Projekte wie bordermonitoring.eu, gegründet 2011 in München, kombinieren wissenschaftliche Forschung, bürgerschaftliches Engagement und kritische Öffentlichkeitsarbeit. Das Projekt borderviolence.eu, gegründet 2016 von serbischen Freiwilligen, dokumentiert Attacken auf Geflüchtete und sogenannte Push-backs, völkerrechtswidrige Zurückweisungen an der Grenze. Der Moving-Europe-Bus versorgt Flüchtlinge auf der Balkanroute mit Strom für Mobiltelefone, Internet und Infos für eine sichere Reise. Und das sind nur einige Beispiele.

alarmphone.org, bordermonitoring.eu, borderviolence.eu, moving-europe.org



Maßstab: Menschsein

Grundrechte sind unteilbar. Willkommensinitiativen, solidarische Städte und Seenotretter zeigen, was das in Zeiten der großen Flucht heißt. Von Kathrin Gerlof

Ist ein neuer Internationalismus überhaupt denkbar ohne eine uneingeschränkte Anerkennung des Rechts auf Migration und ohne die tätige Unterstützung all jener Menschen und Gruppen, die für dieses Recht viel geben und manches riskieren?

„Die große Industrie hat schon allein dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde“, so hat es Friedrich Engels 1847 formuliert, „in eine solche Verbindung miteinander gebracht, dass jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem anderen geschieht.“

Ebendiese Abhängigkeit kann wahlweise zu zwei grundlegenden Verhaltensweisen führen: Die Abhängigkeit leugnen, was es ermöglicht, sich aus der Verantwortung zu stellen und sich selbst der Nächste zu bleiben. Oder sie anerkennen, was bedeutet, das eigene Wohlergehen am Wohlbefinden anderer zu messen, also sich zu vergegenwärtigen, dass

dem eigenen Wohlergehen nicht selten das Elend anderer Menschen als Grundlage dient.

Ein neuer Internationalismus müsste sich daran messen lassen, ob er sich jener fliehenden Menschen annimmt – und zwar unabhängig davon, inwieweit das im eigenen Land oder im eigenen politischen Umfeld auf Zuspriechung und Anerkennung stößt. Ein solcher Internationalismus würde nicht urteilen, ob eine Flucht „berechtigt“ oder „unberechtigt“ ist, weil dies in der Folge darauf hinausläufe, ein Grundrecht nicht allen gewähren zu wollen.

Geteilte Grundrechte sind ein Oxymoron, die beiden Worte schließen einander aus. So wie einst anerkannt wurde, dass ein Arbeitskampf immer gerechtfertigt ist in einem System, das Lohnarbeit an Ausbeutung koppelt, sollte es möglich sein, einzusehen, dass dieser Kapitalismus mannigfaltige Gründe, zu fliehen, schafft, vom sozialen Elend über die

Zerstörung der Umwelt bis zu politischer Verfolgung, woraus ein Recht auf Migration resultiert. Wird das als unteilbar anerkannt, kann endlich über die Frage debattiert werden, wie sich Solidarität und Internationalismus auch leben lassen.

Womit wir es gegenwärtig zu tun haben, ist eine Auslagerung des Schutzes von und der Hilfe für Geflüchtete auf private Initiativen und Organisationen, auf zivile Bündnisse und ehrenamtliches Engagement, auf Städte und Kommunen, die staatlicher Ausgrenzungspolitik nicht folgen wollen. Hier wird ein Internationalismus praktiziert, der nicht mehr an Staaten orientiert oder staatlich gelenkt ist wie in der Geschichte, sondern als eher privates Engagement dennoch politisch wirkt.

Wovon reden wir? Weltweit sind rund 69 Millionen Menschen auf der Flucht, 40 Millionen suchen im eigenen Heimatland Zu- ▶

An der Seite minderjähriger Geflüchteter

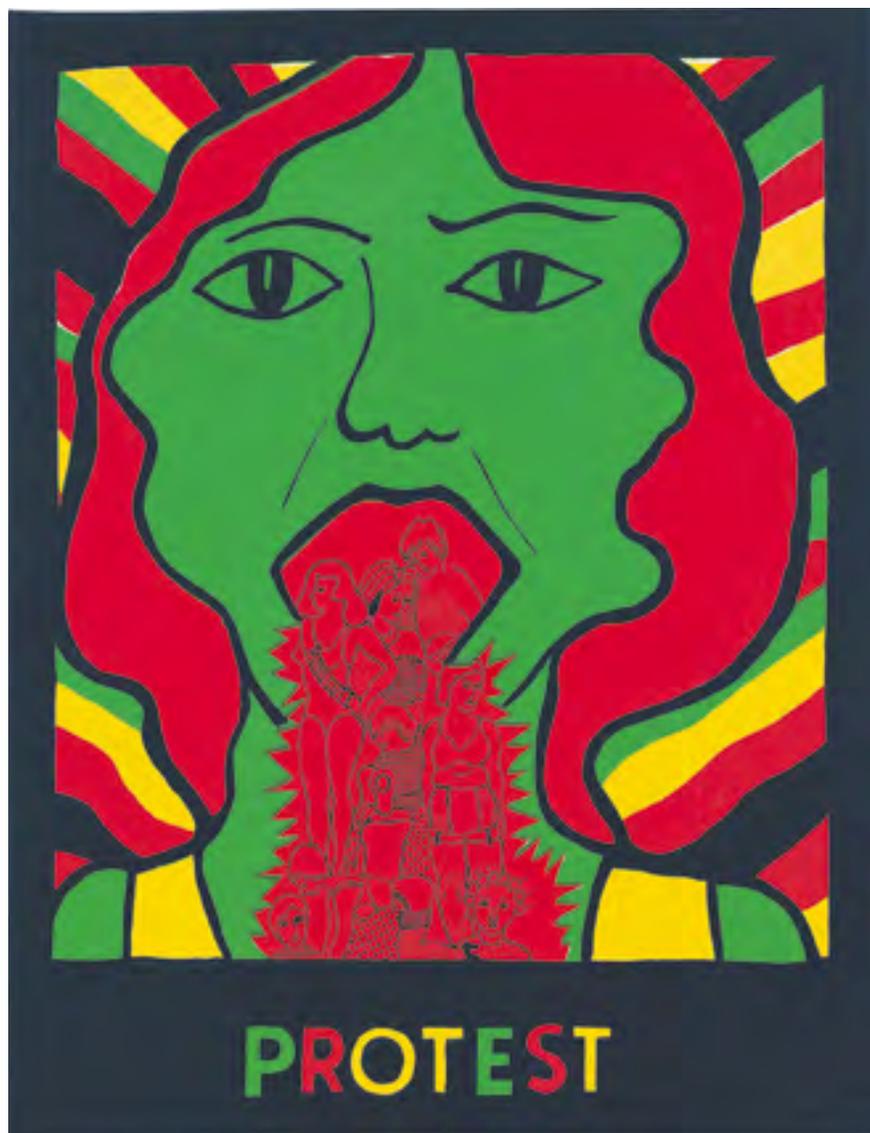
Widerstand ist ja nicht zwecklos. Und in einem Land wie Deutschland kommt hinzu: Widerstand ist oft gefahrlos. Als klar war, dass behördliches Handeln teilweise eine Gefahr für Leib und Leben von Geflüchteten sein würde (durch Unterlassung, Mangel an Personal, Regelungswut und rechtliche Unklarheiten bzw. Einschränkungen), gründeten viele einen Verein oder gingen einfach in Vorleistung.

Zum Beispiel als Vormünder und Vormundinnen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Eine vergleichsweise kleine Gruppe, die unterzugehen drohte. Bei den Amtsvormündern stapelten sich die Akten. Die Jugendhilfe-Einrichtungen verfügten nicht über ausreichend Plätze, Minderjährige wurden in Hostels (gute Einnahmequelle) oder in Massenunterkünften untergebracht. Ein Vormund konnte manches richten.

Aber Vormundschaft ist Verantwortung, und die zu tragen, braucht es Hilfe. In Berlin haben sich Initiativen und Vereine um diese Hilfe gekümmert. Akinda schon zu alten Westberliner Zeiten, JUNA e.V. kam später und agierte eher als Lobbyorganisation für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, encourage e.V. noch später.

Was daran das Internationalistische war? Allen gemein ist die Übereinkunft, dass sich die Frage, ob ein minderjähriger Geflüchteter ein Bleiberecht hat, nicht stellt. Natürlich hat er oder sie ein Bleiberecht. Der ewige Kampf gegen recht willkürliche Altersschätzungen, mit denen aus einem Kind von einem Tag auf den anderen und wegen Volljährigkeit ein Flüchtling werden kann, der aus einem sicheren Herkunftsland kommt und demzufolge abschiebетаuglich ist, wurde bis heute nicht gewonnen. Und die große Frage, ob es nicht vernünftig wäre, den minderjährigen Geflüchteten, die es ohne Familie bis nach Europa geschafft haben, einfach Bleiberecht zu gewähren, sie in Schulen und Ausbildung zu schicken, wird in diesen politischen Verhältnissen nicht diskutiert. Stattdessen hört man oft die Frage, was das denn für eine Sogwirkung hätte, ließen wir die alle sozusagen bedingungslos hierbleiben.

Ebenso schwierig ist es für eine Initiative wie Flüchtlingspaten Syrien e.V. (2015 durch den inzwischen verstorbenen Martin Keune gegründet), die versucht, eine gesetzlich verankerte Sauerei zu kompensieren. Viele syrische Flüchtlinge, die ihre Angehörigen auf legalem Weg nachholen wollen, brauchen Bürgen, die dem Staat für fünf Jahre daraus erwachsende finanzielle Belastungen ersparen. Wer bürgt, muss anstelle des Staates für den Unterhalt sorgen. Der Verein übernimmt diese Bürgschaften, was möglich wird durch Patenschaften und Verpflichtungserklärungen. Flüge werden finanziert, Wohnungen besorgt, Krankenkassenbeiträge und Kosten für medizinische Behandlungen übernommen. Flüchtlingspaten e.V. fragt nicht, ob die Menschen, die auf diese Art gerettet werden, für Deutschland in irgendeiner Weise „nützlich“ sein können. Stelle man sich die Frage, unterwürfe man sich einem Diktat der Auslese. Was nicht internationalistisch, aber recht staatstragend wäre. *kg*



► flucht, 25,4 Millionen sind als Flüchtlinge registriert, 3,1 Millionen sind Asylsuchende. 85 Prozent finden Schutz in Entwicklungsländern. Die meisten Flüchtlinge haben die Türkei (3,5 Millionen), Uganda (1,4 Millionen), Pakistan (1,4 Millionen) und Libanon (1 Million) aufgenommen. In der EU leben knapp 512 Millionen Einwohner, Geflüchtete machen davon 0,00084 Prozent aus.

An Europa lässt sich sowohl das eine – mangelnder Internationalismus – als auch das andere – die Vielfalt solidarischer, unmittelbar rettender und helfender Initiativen – festmachen.

Auf der einen Seite: Stacheldrahtzäune oder die EU-Grenzschutzagentur Frontex, Pläne für sogenannte „kontrollierte Zentren“, in denen über Schutzsuchende binnen 72 Stunden entschieden werden soll, „Entsorgungs“-Abkommen mit Ländern wie der Türkei und Libyen, Unterstützung der libyschen Küstenwache, die de facto für unterlassene Hilfeleistung bei in Seenot geratenen Menschen und den Aufbau von Haftzentren außerhalb Europas ausgebildet wird.

Die Diskussionen über offene Grenzen erscheinen bisweilen akademisch. Es gibt sie nicht. Jedenfalls nicht für Flüchtlinge. Genau jene Debatte aber lähmt die Linke in weiten Teilen. Es fehlt oftmals an fortschrittlichen Visionen über die Rolle von Migration und die damit verbundenen Kämpfe, in denen der Begriff des Sozialen nicht mehr nur mit dem Nationalstaat verknüpft bleibt, sondern die planetare Dimension zum Maßstab macht: das Menschsein.

Damit wären wir bei der anderen Seite, zum Beispiel bei den vielen Willkommensinitiativen: Abertausende Menschen haben seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“, die in Wahrheit eine Krise der offiziellen Migrationspolitik ist, all jene Lücken zu füllen versucht, die staatliche Stellen und politisches Unvermögen hinterließen. Von den absichtlichen Bürden, die auch den Geflüchteten auferlegt werden, ganz zu schweigen. Willkommensinitiativen hat es vor allem in Städten gegeben, sie lebten nicht nur praktische Solidarität, sie wurden zugleich zu Gradmessern für die Krise sozialer Infrastruktur.

Bekannt ist, dass sich vor Ort viele Linke an der Gründung und Arbeit dieser Initiativen beteiligt haben. Gleichzeitig wurde von links schnell Kritik an einem zu „paternalistischen Verhältnis“ der freiwillig Engagierten gegenüber Geflüchteten laut. „Für linke Politik stellt sich insbesondere die Frage, inwiefern das Anliegen der Willkommensinitiativen, funktionsfähige Infrastrukturen für Geflüchtete zu schaffen, über die Unterstützung für diese spezifische Gruppe hinausweisen kann“, so Mira Wallis vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung.

Woran man die Frage anschließen kann, inwieweit dies überhaupt Aufgabe jener Initiativen ist – und nicht eigentlich die öffent-

licher Stellen. Das darüber Hinausweisende, dass Migration als Gegebenheit, die nicht wieder verschwinden wird, neue Formen der Solidarität verlangt, die über das Nationale, auch über das Europäische hinausweisen und sich nicht auf staatliches Wohlwollen verlassen, bleibt Herausforderung für eine wie auch immer sich beschreibende Linke.

Die Probleme gehen allerdings schon vorher los, denn die europäische Abschottungspolitik hat das Mittelmeer zum Friedhof für Menschen auf der Flucht gemacht. Seit Anfang 2015 haben sich deshalb zivile Seenotretter*innen auf den Weg zum Mittelmeer gemacht, um Geflüchtete zu retten. 2017 lag der Anteil von Nichtregierungsorganisationen wie Sea-Watch, Ärzte ohne Grenzen, Jugend Rettet oder SOS Méditerranée an den Seenot-Rettungseinsätzen bei rund 40 Prozent. Auf sie wurde und wird seitens der Regierungen und der EU massiver Druck ausgeübt, sie werden kriminalisiert oder von der libyschen Küstenwache an der Rettung von Menschenleben gehindert.

Eine weitere praktische Weise internationalistischer Solidarität macht das „Bürger*innen-Asyl“ in Berlin vor – Menschen verstecken Geflüchtete, die von Abschiebung bedroht sind, und versuchen so, Zeit zu gewinnen, um die Abschiebung abzuwenden.

In Berlin leben gegenwärtig rund 12.000 ausreisepflichtige Asylbewerber*innen, viele von ihnen sollen den geltenden Dublin-Regeln folgend dorthin abgeschoben werden, wo sie europäisches Festland betreten haben. In Zeiten, da sich parlamentarisch kein anständiges Asylrecht durchsetzen lässt – stattdessen jede Reform dazu dient, das Recht weiter einzuschränken –, wäre auch die Frage zu stellen, wie jene unterstützt werden können, die sich dem Rechtsnotstand mit „Rechtsbruch“ entgegenstellen.

Warum nicht Weglauhäuser für Geflüchtete organisieren oder eine Art „Rote Hilfe“ für Menschen in Abschiebehafte? Oder warum nicht gleich ganze Kommunen zu Schutzräumen machen? Städte als Labore linker Migrationspolitik könnten einen Paradigmenwechsel begründen, eine Antwort auf die Krise der politischen Linken, weil sie das „Nationale von innen und von unten herausfordern und darin Migration als Kraft umfassender gesellschaftlicher Transformation“ sichtbar machen, wie es der Politikwissenschaftler Mario Neumann formuliert, der im Netzwerk „Welcome United“ aktiv ist.

Die Idee wurde vor gut zehn Jahren in Toronto aus der Taufe gehoben, die Entwicklung von einer „Sanctuary City“ zu einer solidarischen Stadt ist fließend. Sorgen die einen dafür, dass de facto niemand mehr abgeschoben wird, geht es bei der Weiterentwicklung um eine Stadt für alle: vernetzen, Räume schaffen, Möglichkeiten ausweiten.

Auch das rot-rot-grün regierte Berlin ist vor kurzem dem Netzwerk „Solidarity Ci-

ties“ beigetreten, was man der Praxis der Ausländerbehörde noch nicht sehr anmerkt. Einmal mehr zeigen sich hier die Grenzen, die eine ganz anders ausgerichtete Bundespolitik den Ländern zieht. Der Städteverbund, so Stefanie Kron und Henrik Lebuhn in einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist allerdings „kein aktivistisches Netzwerk. Es handelt sich eher um eine ‚Elefantenrunde‘ von Stadtregierungen europäischer Metropolen.“

Dagegen ist das fast gleichnamige alternative Netzwerk „Solidarity City“ eher eine Initiative von unten, die 2017 von Flüchtlingsräten, migrantischen Organisationen, Willkommensinitiativen, Kirchengruppen, Forschern und linken Bewegungen gegründet wurde. Verankert in Städten wie Berlin, Bern, Köln und Zürich geht das Bündnis „deutlich weiter als das offizielle europäische Städteverbund“, so Kron und Lebuhn: „Es geht um Abschiebestopps und die direkte Aufnahme von Flüchtlingen, aber darüber hinaus auch um eine grundsätzliche Demokratisierung des städtischen Lebens.“

Dabei werden flüchtlingspolitische und soziale Fragen miteinander verbunden, wie es in einem Papier von Bremer Aktivist*innen heißt: „Das Solidarity-City-Prinzip löst das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von der Staatsangehörigkeit und dem gesetzlich definierten Aufenthaltsstatus und verankert es stattdessen in der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft und einem Prozess politischer Auseinandersetzungen von unten.“

Von hier aus ist es gedanklich nicht mehr weit zu jenem 13. Oktober 2018, an dem in Berlin rund 150.000 Menschen für Solidarität protestierten. Die Aktion unter der Überschrift „#unteilbar“ kam einem kleinen Wunder gleich – so eine große Demonstration ausgerechnet in Deutschland, und dann auch noch zu so einem Thema, wo doch die Zeitungen voller Meldungen über Rechtsruck und rassistische Ausgrenzung sind.

Die „#unteilbar“-Demonstration war ein wichtiges Signal: Wir sind viele. Das Bündnis der Organisator*innen und Initiator*innen war breit aufgestellt, darin wiederfinden konnten sich sowohl Menschen, die dem Gebot der Nächstenliebe folgen, als auch jene, die es Solidarität nennen oder denen ein neuer Internationalismus mehr als geboten erscheint. Treibende Kräfte jenes Aufstands gegen Entsolidarisierung und Nationalismus waren nicht die alteingesessenen Organisationsformen – Parteien, Gewerkschaften –, sondern hier trat jener Teil der Zivilgesellschaft auf die Bühne, für den Solidarität über Ländergrenzen hinweg ein zentraler Maßstab eines modernen Gesellschaftsvertrages ist. Hier lebt er, der neue Internationalismus.

Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship, hrsg. v. Wenke Christoph und Stefanie Kron, Infos unter: rosalux.de/publikationen

Kein „Plan“ des Kapitals

Offene Grenzen und die Konkurrenz auf Arbeitsmärkten: Anmerkungen zur globalen Ökonomie und zur Solidarität. Von Michael Wendl

In der aktuellen Debatte über die Folgen von Flucht und Migration für die aufnehmenden Zielländer wird darauf hingewiesen, dass Zuwanderung von Arbeitskräften den Interessen des Kapitals bzw. der Unternehmen entspricht. Diese Aussage ist trivial, weil Kapital Arbeitskräfte benötigt. Sie ist aber kein Argument dafür, dass Migration eingeschränkt oder gar verhindert werden soll.

Auch die gelegentlich vertretene Behauptung, die Migration werde von Kapital und Politik geplant, beruht auf der Fehlannahme, dass der potenzielle Nutzen von Zuwanderung von allen Akteuren intendiert sei. Dahinter steht die neoklassische Konstruktion der Akteure als nutzenmaximierende Individuen auf der Basis von vollständiger Information.

Flucht und Migration gehen in der Regel zunächst von den Flüchtlingen und Migranten und den hinter ihren Handlungen stehenden verschiedenen Migrationsursachen aus, die zu Vertreibung, Flucht und Migration führen oder zwingen.

Dass verschiedene Fraktionen der Unternehmen Zuwanderung politisch und ideologisch unterstützen, weil sie bei gegebener Qualifikation billigere Arbeitskräfte suchen, ist evident. Trotzdem entspringt die Migration nicht einem strategischen „Plan“ des Kapitals.

Kapitalisten entscheiden nach einzelwirtschaftlichen Motiven, aber sie werden bei ihren Entscheidungen auch von politischen Einstellungen und Wertorientierungen geprägt,

die man überwiegend als weltoffen bezeichnen kann. Auf Seiten der Linken heißen diese Wertorientierungen dann internationalistisch oder es wird von einem sozialistischen Internationalismus gesprochen.

Vor dem Kapitalismus und der Herstellung des Weltmarkts waren Flucht, Vertreibung und Zuwanderung Folgen politischer und religiöser Unterdrückung beziehungsweise von Hungersnöten. Erst mit dem Kolonialismus begannen eine systematische Erschließung der Weltwirtschaft und die gewaltsame Unterwerfung von zusätzlichen Arbeitskräften durch den Sklavenhandel. Das waren gewaltsame Formen von Arbeitskräftemigration durch europäische und arabische Gesellschaften. Auch heute noch sind häufig Elend und ethnische, religiöse oder politische Verfolgung Flucht- oder Migrationsursachen.

Die historische Entwicklung und Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hat die Armutsmigration deutlich verstärkt. Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert vollzieht sich die „Expropriation des Landvolks von seinem Grund und Boden“, also die von Marx analysierte Trennung und Enteignung der Kleinbauern von ihren Produktionsmitteln. Diese „ursprüngliche Akkumulation“ führt zu einer gewaltigen Migration in die Städte, in denen bereits kapitalistisch produziert wird.

Mit der Erschließung des Weltmarkts für die kapitalistische Produktionsweise wächst die Arbeitskräftemigration durch Zuwande-

rung formal freier Menschen und einen weiter anhaltenden Sklavenhandel. Zugleich kommt es zu großen Migrationsprozessen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, durch die schrittweise Erosion landwirtschaftlicher und nichtkapitalistischer Produktionsweisen. Die Durchsetzung des „doppelt freien Lohnarbeiters“ (Marx) markiert die ökonomischen wie rechtlichen Voraussetzungen für die Ausweitung und Internationalisierung der kapitalistischen Gesellschaften. Die Mobilität von Arbeitskräften ist eine notwendige „Bewegungsform“ des Verhältnisses und des Gegensatzes von Kapital und Arbeit.

Fakt ist, dass dadurch die bereits bestehende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärkt wird. Erst mit dem Aufbau nationaler Systeme der sozialen Sicherung und dem Beginn der Regulierung von Arbeitsmärkten (in Deutschland zu Beginn der 1880er Jahre) stellt sich die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland als nationales politisches Problem – und zwar als Suche nach dem Geltungsbereich nationaler Systeme der sozialen Sicherung, die später zu verschiedenen nationalen Varianten des Sozialstaates ausgebaut wurden.

Die Vorstellung, der Nationalstaat könne die einheimischen Arbeitskräfte vor der Zuwanderung innerhalb eines prinzipiell grenzenlosen internationalen kapitalistischen Systems schützen, ist naiv. Der gleiche Nationalstaat ist bemüht, die Verwertungschancen des nationalen Kapitals durch das Überwinden von

Zapatistas, Sozialforen und Gipfelproteste

Neue internationalistische Bewegungszyklen gab es auch nach dem Ende des Realsozialismus. Einen Aufschwung erfuhren unter anderem politische Aktionen der internationalen Kleinbauern und der Indígena-Bewegung. Von globaler Solidarität begleitet war der Aufstand der Zapatistas der EZLN unter Subcomandante Marcos Anfang 1994. Das sozialrevolutionär inspirierte Aufbegehren der indigenen Bevölkerung forderte elementare Grundrechte ein, tat dies aber in einem globalisierungskritischen Kontext – die Einnahme von fünf Bezirkshauptstädten erfolgte nicht zufällig an dem Tag, an dem das Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft trat.

Ihr Aufstand wurde zum Katalysator für soziale Bewegungen auf der ganzen Welt. Fünf Jahre später nahmen Versuche Fahrt auf, der als neoliberal kritisierten Globalisierung die Idee einer „anderen Welt“ entgegenzusetzen. Gegen die WTO-Konferenz in Seattle Ende 1999 protestierten Zehntausende, es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zwei Jahre später erschossen italienische Polizisten Carlo Giuliani bei Protesten gegen den G8-Gipfel, Hunderte Kritiker*innen wurden verletzt, Misshandlungen durch italienische Sicherheitskräfte sorgten weithin für Empörung. Auch die folgenden Gipfel der selbsternannten „Herren der Welt“ wurden von starken, international vernetzten Protesten begleitet.

Seit 2001 bildete sich auch entlang diverser Sozialforen ein weiteres internationalistisches Netzwerk aus – vom ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre über das erste Europäische Sozialforum 2002 in Florenz und das erste Treffen dieser Art in Deutschland, 2005 in Erfurt, bis hin zu den lokalen Sozialforen. Während die großen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs immer noch Kristallisationspunkt der globalisierungskritischen und linken Szene sind, hat die Bewegung der Sozialforen bereits wieder an Dynamik verloren.

Als hauptsächlich in Europa agierendes globalisierungskritisches Netzwerk ist seit seiner Gründung 1998 Attac engagiert – was als „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen“ begann, zählt heute rund 90.000 Mitglieder und agiert in 50 Ländern für einen deutlich breiter gewordenen politischen Forderungskatalog. Der Ungleichheit zwischen Arm und Reich, Nord und Süd müsse unter anderem mit der „demokratischen Kontrolle“ und Regulierung internationaler Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen begegnet werden.

In eine ähnliche Richtung argumentieren auch die Bewegungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der großen Krise ab 2007 entstanden sind, etwa Occupy Wall Street. Die Krise hat Prozesse beschleunigt, die zum Entstehen neuer Akteure führten, sowohl in den Bewegungen – etwa Blockupy – als auch in der Parteipolitik – etwa SYRIZA oder Podemos.



nationalen Handelsschranken, also durch Freihandelsabkommen, zu verbessern. Bereits im Zeitalter des Merkantilismus, also im 18. Jahrhundert, wurde versucht, den Export nationaler Unternehmen zu unterstützen.

Das zeigt die Ambivalenz der Migration: Exportgetriebene Gesellschaften schaffen und verstärken Migrationsprozesse, weil sie Arbeitslosigkeit „exportieren“ und dadurch Deindustrialisierung in den importierenden Ländern verstärken. Die relative Beschäftigungssicherheit der Kernbelegschaften der deutschen Exportindustrie basiert auch auf der Unsicherheit der Beschäftigten in anderen Regionen Europas und der Welt. Die relativ niedrigen Löhne in Deutschland führen zu Druck auf den Binnenmarkt und dort wiederum auf die niedrigen Dienstleistungslöhne, weil die effektive Nachfrage gering ist.

Allerdings hängt der starke Lohndruck auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Wesentlichen von anderen Faktoren ab als der Zuwanderung von Arbeitskräften, nämlich von der politisch gewollten Schwächung der Schutzfunktion des Arbeitsrechts und der rechtlichen Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Andererseits wird von Teilen der Beschäftigten – die an den ökonomischen Erfolgen des deutschen Handelsmerkantilismus partizipieren – erwartet, dass der Nationalstaat die durch die Deindustrialisierung ausgelöste Migration verhindert, um die einheimischen Arbeitskräfte vor den nationalen Folgen einer verfehlten Exportorientierung oder Beggarthy-Neighbour-Politik zu schützen. Doch das deutsche Modell eines Handelsmerkantilismus kann nur mit offenen Grenzen für Waren und Arbeitskräfte funktionieren. Dass sich daraus politische und ökonomische Verpflichtungen an eine sozial geordnete Zuwanderung ergeben, wird von der herrschenden Politik allerdings weitgehend ignoriert.

Entgegen der These eines internationalen, quasi einheitlichen Kapitalismus haben wir noch eine nationale Wertschöpfung. Sie findet in den durch Nationalstaaten definierten Räumen statt, ist aber in die Weltwirtschaft durch weitgehend freien, politisch nicht oder nur wenig regulierten Handel und internationale Wertschöpfungsketten eingebunden.

Vorstellungen, die inneren Arbeitsmärkte quasi zu umzäunen, greifen in einer internationalen Ökonomie systematisch zu kurz. Migration kann auch nicht als wichtige Ursache des Lohndrucks, der Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Dekommodifizierung der Arbeitskräfte gesehen werden. Sie spielt bei der Entwicklung auf den verschiedenen Teilarbeitsmärkten auch unterschiedliche Rollen.

Empirische Untersuchungen über die Wirkungen der Arbeitsmigration auf die Segmente des Arbeitsmarktes zeigen, dass diese auf den Teilarbeitsmärkten für wenig qualifizierte Arbeitskräfte (bei den unteren zwei Einkommensdezielen) wirken und dort zusätzlichen Lohndruck und Verdrängung in die Arbeitslosigkeit erzeugen, auch wenn diese Effekte relativ gering sind. Sie sind umso geringer, je stärker der Arbeitsmarkt reguliert ist. Beispielfähig kann das in einem Schwerpunkt der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ aus dem Jahr 2014 zur Frage der Arbeitsmarktintegration von Migranten sowie in einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu den Chancen von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt nachgelesen werden.

Die Akzeptanz offener Grenzen ist daher auf Voraussetzungen wie eine politische Regulierung der Arbeitsmärkte angewiesen, damit es nicht zu einem Unterlaufen der vereinbarten Normen des Arbeitsrechts und der Tarifverträge kommen kann.

Dass es den deutschen Gewerkschaften ab 2012 wieder gelungen ist, auf den Weg einer produktivitätsorientierten Tarifpolitik zurückzufinden, zum Teil sogar den Verteilungsspielraum der Summe von Produktivität und Inflation zu überschreiten, zeigt, dass es trotz zunehmender Arbeitskräftemigration zu einem Kurswechsel in der Tarifpolitik gekommen ist, der die Lohnzurückhaltung vor der Krise 2008/09 überwunden hat.

Das zeigt auch, dass die richtige Strategie auf einen höheren gesetzlichen Mindestlohn und die Aufhebung beziehungsweise Einschränkung der verschiedenen Formen von prekärer Arbeit setzen sollte. Im Prinzip gilt die Notwendigkeit einer stärkeren politischen Regulierung auch für die Wohnungsmärkte und für den Bau neuer Wohnungen.

Es ist ein Trugschluss, anzunehmen, dass Vertreibung und Migration nur dem Kapital nutzen. Zum einen ist wegen der demografischen Entwicklung alternder Gesellschaften die Zuwanderung notwendig. Zum Zweiten geht es aus einer linken Perspektive auch um die Entwicklung von Solidarität gegenüber Menschen, die zu Flucht und Migration gezwungen werden, nicht zuletzt durch die deutsche Außenwirtschaftspolitik eines rücksichtslosen Merkantilismus auf Kosten anderer Gesellschaften.

Für sich internationalisierende Gesellschaften kommt es auf Wertorientierungen an, die eine kulturelle Bereicherung durch Zuwanderung erkennen und die Gesellschaften vielfältiger und damit lebenswerter machen. Empathie für die Schwachen und gegenseitige Solidarität halten Gesellschaften nicht nur zusammen, sondern machen sie menschlicher.

Die Welt aus deutscher Sicht

